

# Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

## Glück-Ruf.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pf.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden  
Inserate die dreigespaltene Zeitzeile oder  
deren Raum mit 50 Pf.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes und Publicationsorgan der Allg. Arbeiter- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Luitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße 9.

Inhalt: Kongress des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes. — Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Metallarbeitern. — Auch als Produzent gegen die Zöllnerie. — Die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Nordbahnen. — Eine Unschau über die Uffordarbeit. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes (speziell Wahlregulativ und Wahlbezirkseintheilung zur Delegiertenwahl für den Gewerkschaftskongress). Quittung über die im März bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Kunstchar. — Aus anderen Berufen usw. — Literatur.

### Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:  
von Drahtziehern nach Pömmelre a. d. G. (Kupferwerke in Österreich);  
von Drehern nach Berlin (Ullmann, Motofahrzeugfabrik) Str.; nach Großenhain (Webstuhlfabrik); nach Ludenwalde (A. C. Voigt, Maschinenfabrik);  
von Feingoldschlägern nach Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach (besonders von den Werkstätten M. Büttner, Hunger, Schlüpfinger);  
von Formern nach Augsburg (Hubw. Klaas); nach Großenhain (Webstuhlfabrik);  
von Kesselschmieden nach Grünwischau (Gutschke) M.;  
von Klemmpnern und Emailarbeiten nach Breslau (Filiale Julius Pintsch, Gasmechefsabrik);  
nach W.-Gladbach (Robert Jansen);  
von Metallarbeitern aller Branchen nach Hannover (Steinfeld & Blasberg); nach Warstein i. Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;  
von Metallschlägern nach Lechhausen (D.); nach Nürnberg (Ehr. Schmidt, Führertsgasse 33) R.;  
von optischen Industriearbeitern nach Rathenow (Müller);  
von Schlossbauern nach Elberfeld (Friedr. Aug. Brünöher) R.;  
von Schlossern und Schmieden nach Berlin (Ullmann, Motofahrzeugfabrik); nach Großenhain (Webstuhlfabrik); nach Auehausen bei Kronenberg (Gleff);  
nach Ludenwalde (A. C. Voigt, Maschinenfabrik);  
von Schraubendrehern nach Auehausen bei Kronenberg (Gleff);  
von Silberschlägern nach Schwabach (Rühl) R.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; R.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; M.: Mißstände; R.: Lohn- oder Ufford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

### Kongress des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes.

Abgehalten zu Bern am 28. und 29. März 1902  
im großen Saale des Volkshauses.

Vertreten sind 58 Sektionen mit 3721 Mitgliedern durch 76 Delegierte (aus der deutschen Schweiz 60, aus der französischen Schweiz 16) und der Zentralvorstand mit 5, die Beauftragtenkommission mit 2 und das Bundeskomitee (des schweizerischen Gewerkschaftsbundes) mit 2 Delegierten. Außerdem ist als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes dessen Vorsitzender A. Schliere - Stuttgart und als Vertreter der Berner Gewerkschafts-Union Arbeitersekretär Bischoff - Bern anwesend.

Nach Konstituierung des Kongresses erstattete der Verbands-Sekretär Schneeburger - Bern den Jahresbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß der Verband auch im letzten Jahr eine rege Agitation unter den Metallarbeitern in den verschiedenen Kantone betrieben hat, leider aber haben verschiedene Umstände den Erfolg beeinträchtigt. So seien einige Streiks, obwohl deren Zahl gegen frühere Jahre gering gewesen sei, verloren worden, wodurch sie und da Mitglieder ausgetreten seien. Auch sei stellenweise durch die Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit die Mitgliederzahl zurückgegangen. Beklagt wird in dem mündlich erstatteten Bericht die Saumigkeit verschiedener örtlicher Sektionen, die nicht pünktlich in der Berichterstattung an den Zentralvorstand gewesen seien und dadurch die Vorlegung eines gedruckten Berichtes verhindert hätten.

In der Diskussion wurden Monitas gegen den Sekretärsbericht nicht erhoben. Dagegen wurden verschiedene auf die Agitation und auf statistische Erhebungen bezügliche Wünsche geäußert und beschlossen, dem Vorstand anheimzugeben, seine Aufmerksamkeit mehr der Statistik zuzuwenden.

Den Kassenbericht erstattete Gaumann - Bern. Die Kasse bilanzierte mit 27.462 Franks Einnahme, 26.371.52 Franks Ausgabe und 1090.48 Franks Bestand. Unter den Ausgaben figurirt die Wanderunterstützung mit 2057.30 Franks, außerordentliche Unterstützung mit 1240.30 Franks, Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen mit 5412.50 Franks, Beitrag an den Gewerkschaftsbund mit 9900 Franks. Das Gesamtvermögen des Verbandes beläuft sich auf 2535.90 Franks, wovon 1445.50 Franks bei der Nationalbank belegt sind.

Auch gegen diesen Bericht wurden Einwendungen nicht erhoben, jedoch beschlossen, um mehr Überblick über die Beitragszahlung der Mitglieder und der Sektionen zu bekommen, anstatt der jährlichen künftig eine vierteljährige spezialisierte Abrechnung zu legen.

Der Bericht der Beauftragtenkommission fand ebenfalls ohne Widerspruch Annahme, nachdem eine längere Diskussion über einen von der Beauftragtenkommission erledigten Streitfall stattgefunden hat.

Den Hauptpunkt der Berathungen bildete das Statut. Von dem Zentralvorstand wurde eine Vorlage zu einem Statut ausgearbeitet, das unter Berücksichtigung der speziellen Landesverhältnisse dem Statut des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes möglichst nahe zu kommen sucht. In dem Entwurf ist an Stelle des früheren monatlichen Beitrages ein Wochenbeitrag von 30 Rappen für männliche und 15 Rappen für weibliche Mitglieder vorgesehen. Die Arbeitslosenunterstützung soll als Reisegeld und Ortsunterstützung gewährt werden, außerdem sind Unterstützungen für außerordentliche Notfälle in Aussicht genommen.

Die Ortsunterstützung soll im Falle für 42 Tage bezahlt werden und bei einer Mitgliedsdauer von

1 Jahr pr. Woche	6.—	Francs, im Jahre 42.—	Francs,
2 " "	7.20	" "	50.40
3 " "	8.40	" "	58.80
4 " "	9.60	" "	67.20
5 " "	10.80	" "	75.20

beitragen. Mitglieder, die die Jahressumme erhalten haben, dürfen innerhalb eines Jahres, vom 1. Februar bis zum Erhebungstage an gerechnet, keine Ortsunterstützung mehr erhalten. Die Ortsunterstützung wird vom 7. Tage an bezahlt.

Die Unterstützungsätze für Reisegeld entsprechen den Jahresräumen der Ortsunterstützung, dürfen aber nur auf zwei Reisetouren in je der Hälfte bezogen werden. Hat der Reisegeldempfänger die Hälfte erhalten, so kann er erst nach drei Monaten die andere Hälfte erheben. Hat er diese im gleichen Jahre erhalten, so ist er vom 1. Februar bis zum Erhebungstage an auf ein Jahr ausgesteuert.

Sehr wesentlich ist die geplante Änderung bezüglich der Behandlung der Ausländer, die, wenn sie einem Verband, der mit dem schweizerischen Verband im Gegenseitigkeitsverhältnis steht und dessen Mitglieder die gleichen Rechte gewährt, angehören, wie Mitglieder des schweizerischen Verbandes behandelt werden sollen. (Bisher erhielten die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes nur die Hälfte des Beitrags, den Mitglieder des schweizerischen Verbandes erhalten konnten.)

Für sämtliche Unterstützungen ist ein Jahr Rentenzeit vorgesehen.

Schließlich enthält der Entwurf noch eine Bestimmung, wonach ein eigenes Verbandsorgan den Mitgliedern gratis verabfolgt werden soll, auch sollen

weibliche Personen in der Verband einbezogen werden.

Diese Vorschläge bedeuten eine eindeutige Änderung des bisherigen Verhältnisses zum schweizerischen Gewerkschaftsbund. Bisher erhob der Metallarbeiter-Berband keine eigenen Beiträge, sondern vertrieb die Beitragsmarken des Gewerkschaftsbundes und behielt von dem Erlös einen Theil für Verbandszwecke zurück. Ebenso stand dem Verband als Verbandsorgan das Organ des Gewerkschaftsbundes „Die Arbeiterstimme“ für Publikationen zur Verfügung. Diese Publikationen verschafften aber in weit aus den meisten Fällen ihren Zweck, weil die „Arbeiterstimme“ nur von den Mitgliedern gelesen wurde, die abonniert waren. Zum Abonnement war aber nur das Mitglied verpflichtet, das eine andere Arbeiterzeitung nicht las.

Die Debatte drehte sich also zunächst darum, ob man aus dem Gewerkschaftsbund austreten oder denselben weiter angehören sollte. Für einen völligen Bruch mit dem Gewerkschaftsbund wurde zwar keine Stimmung laut, vielmehr ging der allgemeine Vorschlag dahin, sich vollständige Selbstständigkeit zu wahren und bei Leistung geringerer Beiträge an den Gewerkschaftsbund diejenigen die Gegewerpflichtungen an den Verband zu erleichtern bzw. ganz abzumachen. Der Kongress beschloß dann auch in diesem Sinne.

Als nächste wichtige Frage beschäftigte den Kongress die Herausgabe eines eigenen Verbandsorgans. Bisher galt die „Arbeiterstimme“ als Organ der Gewerkschaften. Konnte jedoch, wie schon erwähnt, den Zweck, den ein deratiges Verbandsorgan zu erfüllen hat, kaum erfüllen, einmal war es nicht überall obligatorisch, sondern aber stand es den Sektionen zu fernen. Sehr richtig wurde vom Repräsentanten des Zentral-Vorstandes darauf hingewiesen, daß zur Agitation ein Organ nur dienen könne, daß auch die Verhältnisse des Berufs klarlegen. Außerdem erheischt die französische Schweiz ebenfalls eine intensive Behandlung, die durch ein zweisprachiges Verbandsorgan erreicht werde.

Von den Gegnern des Projektes wurden im Wesentlichen finanzielle Bedenken gestellt: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen.“ Außerdem sei die „Arbeiterstimme“ zur Zeit nicht rentabel und sei es Pflicht der großen Gewerkschafter, das Unternehmen wirksam zu unterstützen. Der Verband dürfe sich dem Gewerkschaftsbund gegenüber nicht auf den Standpunkt stellen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen.“

In namentlicher Abstimmung wurde jährlich mit 60 gegen 14 Stimmen die Herausgabe eines eigenen Organs beschlossen. Weiter wurde beschlossen, da diejetzt Beschluss noch einer Urabstimmung unterliegt, das Verbandsorgan die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ bis zum Inkrafttreten der neuen Statuten mindestens im Monat ein Mal erscheinen zu lassen.

Bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosenunterstützung wurde beschlossen, die Rednerliste in der Weise abzuwickeln, daß auf einen Redner für einen Redner gegen die Arbeitslosenunterstützung folgt. Dieser Beschluß konnte aber nicht durchgeführt werden, weil unter 17 Wortmeldungen sich nur 2 von Gegnern befanden. Es kamen daher neben den 2 Gegnern 7 Beurwerter zum Wort. Andere Gesichtspunkte als die in anderen Verbänden vorgebracht wurden nicht mehr entwickelet. Die Abstimmung entsprach denn auch so ziemlich der Diskussion, indem mit 59 gegen 9 Stimmen und 5 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen wurde.

Eine selbstverständliche Folge dieser Beschlüsse ist die Erhöhung der Beiträge und des Beitragszweckes. Nichts destotrotz entpam sich doch eine lebhafte

Disputation über die Beitragshöhe. Daß eine Beitragserhöhung stattfinden müsse, darüber herrschte keine Meinungsverschiedenheit, wohl aber über die Erhöhung selbst und darüber, ob Wochen- oder Monatsbeitrag und ob einheitlicher oder durch Lokalzuschläge der örtlichen Sektionen zu erhöhender Beitrag eingeführt werden soll. Der Vorschlag des Zentralvorstandes ging dahin, den wöchentlichen Beitrag auf 30 Rp. für männliche und 15 Rp. für weibliche Mitglieder festzusetzen und den Sektionen die Erhebung und Fortsetzung von örtlichen Zuschlägen zu überlassen. Dieser Vorschlag fand schließlich Annahme und war damit die Hauptarbeit des Kongresses erledigt. Es folgt darauf noch die Verathung der Statuten, die aber für die Leser der Metallarbeiter-Zeitung kaum von Interesse sein dürfe und deswegen übergangen werden kann.

Alles in Allem hat der schweizerische Metallarbeiterverband durch seine Beschlüsse einen bedeutenden Schritt vorwärts gehon. Er hat sich eine straffe Zentralisation gegeben und sich ferner Mittel geschaffen, um neue Mitglieder heranzuziehen und dieselben an den Verband zu fesseln. Er ist dadurch aus dem Stadium schwärmerischer Träumerei zur praktischen Arbeit übergegangen und diesen Schritt wird es schwerlich zu bereuen haben. Der Glückwunsch aller ehrstichtigen Gewerkschafter wird unsere Schweizerische Brudergemeinschaft bei Durchführung unserer Beschlüsse begleiten.

### Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Metallarbeitern.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat die Ergebnisse der von ihr Anfang Februar vorgenommenen Arbeitslosenzählung rasch und prompt verarbeitet und im Vorwärts veröffentlicht. Eine Reihe von Tabellen geben eine genaue Übersicht über die Verbreitung der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Gewerben und Industriezweigen, über die Dauer der Arbeitslosigkeit, über den Anteil der beiden Geschlechter an derselben, über das Alter und die Dauer der Ortsanwesenheit der Arbeitslosen und über den Umfang der theilweise Arbeitslosigkeit; im beigegebenen Textteil wird die ganze Statistik näher beleuchtet.

Da bisher an keinem andern Orte eine so methodisch bearbeitete Arbeitslosenstatistik aufgestellt wurde und die Arbeitslosigkeit in Berlin einen Umfang erreicht hat, wie in keiner andern deutschen Stadt und wie in keiner früheren Krisenperiode, so erscheint es angezeigt, hier wenigstens die auf die Metallarbeiter bezüglichen Angaben mitzuteilen. Danach waren in Berlin und seinen 13 Vororten bezw. Nachbargemeinden Anfang Februar arbeitslose Metallarbeiter:

Ganz Arbeitslose	Berlin		Vororte	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
1 bis 3 Tage	211	8	48	2
4 bis 6 "	155	11	44	1
1 bis 2 Wochen	487	30	86	4
2 bis 3 "	568	21	86	5
3 bis 4 "	520	17	102	7
4 bis 5 "	704	45	110	7
5 bis 6 "	464	18	79	2
6 bis 7 "	568	26	103	4
7 bis 8 "	352	18	99	—
2 bis 3 Monate	1880	74	281	6
3 bis 4 "	1252	41	193	3
4 bis 5 "	674	17	86	—
5 bis 6 "	455	12	76	1
6 bis 9 "	524	8	70	2
9 bis 12 "	286	7	27	3
über 1 Jahr	167	3	19	2
unbekannt	281	8	45	2
Total	9648	364	1561	51

Nebst 10,000 Metallarbeiter, davon 364 Arbeiterinnen, sind demnach zur Zeit der Arbeitslosenzählung in der Reichshauptstadt ohne Arbeit gewesen und 1612 in den Vororten, zusammen also in Berlin und Umgebung 11,624 in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigt gewesene Personen, wovon 415 Arbeiterinnen. Davon war die große Mehrzahl länger als 1 Monat ohne Arbeit und Verdienst, ja länger als ein Vierteljahr! Mit dieser Zahl steht die Metall- und Maschinenindustrie sogar über den Brugewerben, für die ja der Monat Februar jeweils zur tödlichen Saison gehört.

Bedenkend größer als in irgend einer anderen Berufsgruppe ist die Beschränkung der Arbeitszeit in der Metallindustrie. Sie hat hier einen geradezu erstaunlichen und für die Krise bezeichnenden Umfang angenommen. 12,266 Arbeiter und 588 Arbeiterinnen waren mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Die Verkürzung betrug bei 2740 Arbeitern je 6 Stunden, bei 5046 7–12, bei 2046

13–18, bei 1196 19–24 und bei 735 mehr als 25 Stunden in der Woche. Es sind also fast 2000 Metallarbeiter, deren Arbeitszeit um mehr als ein Drittel verkürzt ist. Da auch der Verdienst derselben natürlich um wenigstens ebenso viel herabgesetzt ist, so dürfte es einem großen Theil dieser Arbeitenden nicht viel besser gehen, als den Arbeitslosen.

Der Anteil der verschiedenen Berufsarten an der ganzen und theilweise Arbeitslosigkeit ist folgender:

Berufsarten	Berlin		Vororte	
	ganz	theilw.	ganz	theilw.
männliche	Arbeitslose	männliche	Arbeitslose	männliche
Formier, Gießgießer ..	451	504	78	83
Keramischer, Gießereiarbeiter ..	130	255	18	43
Gold- u. Silberarbeiter ..	58	129	9	8
Drucker ..	96	122	18	31
Gürtler, Galvaniseure ..	520	702	97	193
Schleifer ..	230	220	38	61
Kupferschmiede ..	89	139	8	11
Schmiede ..	583	732	74	142
Dreher ..	737	1127	110	195
Schlosser, Maschinenbauer ..	2795	3166	430	627
Klemppner, Schuhleger, Installateure ..	909	947	159	257
Nadel, Drahtbinde ..	25	42	4	21
Maschinist u. Heizer ..	134	77	27	13
Elektro-Monteur ..	155	94	20	19
Spanzer, Hobler, Präger, Schnittarbeiter ..	132	169	17	17
Gravur- und Bildhauer ..	101	140	17	19
Mechaniker u. Fürtig ..	524	456	91	148
Instrumentenmacher ..	83	74	16	9
Büchsen- u. Uhrmacher ..	1885	3171	332	558
Total	9648	12266	1612	2438

Die Schlosser und Maschinenbauer sind demnach am stärksten von der Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen, allerdings sind sie auch die zahlreichste Berufsart. Nach ihnen kommen die Klemppner, Schuhleger u. c., die Dreher, Schmiede, Metzger, Gürtler, Formier u. s. w.

Von den Arbeiterinnen in Berlin sind 364 ganz und 588 theilweise arbeitslos, von den Arbeiterinnen in den Vororten 51 bzw. 83, zusammen 1084.

Rund 23,000 Metallarbeiter und -Arbeiterinnen waren somit im Februar in Berlin und Umgebung ganz oder theilweise arbeitslos. Welche unermessliche Summe von Röth und Elend, Darben und Entbehen, Sorge und Kummer drückt sich in diesen riesigen Zahlen aus! Welche wichtige und vernichtende Unklage sind sie gegen die bestehende faule kapitalistische Wirtschaftsordnung, die Zehntausende von Arbeitswilligen keine Arbeit, Verdienst und Erftung zu bieten vermag, die für die menschliche Arbeitsschaft keine Verwendung hat und sie zu Grunde gehen läßt. Und da sollen sich die Arbeiter mit denselben abfinden, sie als den Höhepunkt der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung gelten lassen und auf das Streben nach einer vollkommenen und vernünftigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verzichten! Eine Zumutung, die immer wieder gemacht wird, die aber in jedem Falle energisch zurückgewiesen werden muß.

Ein besonderes Interesse ist die Feststellung, daß in Berlin nur etwa 9 Proz. der ganz Arbeitslosen und etwa 6 Proz. der theilweise Arbeitslosen noch nicht zwei Jahre wohnen, die 91 bis 94 Proz. aber länger als zwei Jahre. Diese Feststellung zerstört jede tendenziöse Behauptung: daß „die meisten Arbeitslosen“ zugereist seien und nicht in Berlin selbst arbeitslos wurden, eine Behauptung, die in der Regel auch unterwärts von den Schönfärbern der kapitalistischen Misere aufgestellt wird, aber nicht mit recht, als in der Reichshauptstadt.

Was jedoch noch das Alter der Arbeitslosen betrifft, so stehen mehr als die Hälfte der Berliner ganz Arbeitslosen und fast zwei Drittel der theilweise Arbeitslosen im Alter von 21–40 Jahren, welche Altersgruppe freilich auch die größte ist.

Mit den Kindern der Arbeitslosen sind es in Berlin 96,934, in den Vororten 20,868, zusammen 117,802 Personen, die unter den drückenden Folgen der Arbeitslosigkeit leiden, wozu dann aber noch die Frauen kommen.

Eine fürchtliche, sozial denfernde und fühlende, auf der Höhe ihrer Aufgabe stehende Stadts- und Staatsverwaltung hätte unter diesen schrecklichen Verhältnissen alle Hände voll zu thun, um ihre Pflicht zu erfüllen und die Folgen der Krise von der Arbeiterschaft möglichst abzuwenden oder doch möglichst zu mildern. Die heutigen kapitalistischen Verwaltungen erfüllen ihre ganze Weisheit in

einigen Erdarbeiten und im Allmosen der Armenpflege, wodurch sie ihre Unfähigkeit wie den Mangel an gutem Willen aller Welt dokumentieren. Zu dem Bankrott des kapitalistischen Wirtschaftssystems gesellt sich so noch der moralische und geistige Bankrott der öffentlichen Verwaltung. Wahrlich diese kapitalistische Welt ist wert, daß sie zu Grunde geht und einer neuen, besseren Ordnung Platz macht.

### Auch als Produzent gegen die Zölle.

Daß die Arbeiter als Konsumanten Gegner jeder künftlichen Verhinderung der Lebensmittel durch Schutzzölle sein müssen, wird selbst von den christlichen Böllnern anerkannt. Wer mit Argumenten, die mehr als frech wie dummkopflich bezeichnet werden können, verbucht man, den Arbeiter trotzdem für die Zollhocherei einzufangen. Schließlich soll das auch geschehen mit Herabführung des Produzentenstandpunktes. Wenn schon der Arbeiter als Konsumant die Wucher-Zollpolitik bekämpfen muß, dann aber noch mehr gerade als Produzent. Und das gilt ganz besonders für den Metallarbeiter.

Deutschland ist nicht nur auf den Bezug landwirtschaftlicher Produkte des Auslandes angewiesen, sondern auch auf den Bezug industrie. Rohprodukte u. a. auf die Ausfuhr industrieller Röth, Halb- und Fertigfabrikate. Diese Wirtschaftskomplikation bedingt den Abschluß von Handelsverträgen mit denjenigen Staaten, die mit uns Güteraustausch pflegen. Werden diese Länder durch die deutsche Zollpolitik in ihrem Handel behindert, so werden sie natürlich auch Repressionsmaßregeln gegen Deutschland treffen, dem Import deutscher Erzeugnisse durch Schutzzölle Hindernisse bereiten, unsere Exportindustrie schädigen. Die dadurch verursachte Schädigung unserer Industrie hat der Arbeiter mit zu tragen infolge eintretenden Lohndrucks.

Sehen wir nun zunächst zu, in welchem Maße der deutsche Metallarbeiter an dem Außenhandel und damit an Handelsverträgen ohne Erhöhung der Zollpositionen interessiert ist. Es betrug die deutsche Ausfuhr im Jahre 1900:

	Menge in Tonnen	Werth in 1000 M.
Eisen und Eisenwaren ..	1,548,558	479,609
Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge ..	295,601	815,973
Zu Summa	1,844,159	795,582

Der Gesamtwert der ausgeführten Waren bezieht sich also auf annähernd 800 Millionen Mark. Auf diese Ausfuhr war Deutschland angewiesen in einer für unsere Industrie außergewöhnlich günstigen Periode, wo das Bedürfniß auf dem heimischen Markt ungewöhnlich hoch war, die Steigerung der Produktion durch den Mehrverbrauch auf dem Warenmarkt bedingt war. Nun wird allerdings behauptet: die Stärkung der Landwirtschaft setzt diese in den Stand, den Export ablösen zu können. Diese Behauptung ist falsch und unsinnig. Durch erhöhte Schutzzoll wird nicht die Landwirtschaft gestärkt, sondern es werden den verhältnismäßig wenigen Grundbesitzern, die großen Mengen von Getreide verkaufen können, die Taschen gefüllt. Wollte man nun aber auch annehmen, daß die Großgrundbesitzer die durch Verhinderung der Lebensmittel dem Arbeiter weggestammten Summen der Industrie wieder zufließen ließen, so käme immerhin nur ein Bruchtheil von dem, was der Arbeiter als Liebesgabe für die Farne von seinem Einkommen erst abbrechen müßte, in Gestalt von Löhnern wieder zu ihm zurück. Daß mit Verhinderung der Lebensmittel auf irgend einer Seite mehr Werthe geschaffen werden, wird ja wohl niemand behaupten wollen, wenigstens versteig dazu sich bisher doch noch kein Bucherianatiker.

Es liegt auf der Hand: es ist Phrasé, wenn man behauptet, ohne Schädigung der Produzenten und der Gesamtvolkswirtschaft könne Deutschland das Experiment machen, durch exklusive agrarische Schutzzollpolitik seinen Export stören. Aber in Folge der Erhöhung der Schutzzölle gegen Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse würde dem Export deutscher Industriewaren von den Exportländern Schwierigkeiten bereitet, indem diejenigen Güter mit erhöhten Eingangszöllen beladen. Die weitere Folge könnte die sein, daß die Exportindustrie die Ausfuhr zwar nicht einschränkt, dafür aber die Belastung durch höhere Eingangszölle auf die Arbeiterschaft durch „Lohnregulierung“ abwälzt. Die Produzenten würden durch die Wucherzollpolitik geschädigt.

Da das Unternehmertum in der Großindustrie mit der Verschließung des ausländischen Marktes, oder auch nur mit Einschränkung des Exportes, gleichzeitig für den deutschen Markt, wenn nicht durch vollständiges Monopol, so aber doch mit erfolgreicher Fernhaltung fremder Waren, die Möglichkeit der Preissteigerung für den Inlandskonsumenten in die Hand bekommt, würden die Unternehmer über den Lohndruck hinaus die „Ausgleichung“ durch schärfere Plünderung der Konsumenten weiter betreiben. Das Volk trägt die Kosten, als Konsument und als Produzent!

Die Unternehmer könnten aber auch dazu übergehen, den Export etwas abflauen zu lassen, Produktions einschränkungen vorzunehmen. Daß man dieses Mittel gegen Gewinnverminderung nicht verschmäht, dasselbe ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse ohne Bedenken anwendet, ist durch die Maßnahmen des Kohlen- und Stahlhändlertes gründlich bewiesen worden. Nun hat die augenblicklich ja noch nicht überwundene Krise zur Bildung von Kartellirungen, speziell in der Eisenindustrie, mächtigen Anstoß gegeben. Nicht nur in dieser selbst, sondern auch in der Industrie der Rohmaterialien und sonstiger Produkte sind die einzelnen Unternehmungen mehr oder minder geschlossen in Verbänden organisiert. Die verschiedenen industriellen Verbände stehen zum Theil auch heute schon wieder in Verbindung und die Bestrebungen gehen aus auf noch weiteren und engeren Zusammenschluß zwecks Organisation der Produktion und Preisgestaltung.

Unter diesen Verhältnissen läßt sich leicht eine Vereinigung über Produktionsverminderung herbeiführen. Gleichzeitig lassen sich dann aber auch „Lohnregulierungen“ doppelt leicht durchführen. Nicht nur, daß man durch die Organisation Einheitlichkeit nach dieser Richtung gewinnt, durch Produktions einschränkungen wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erhöht und das stärkere Angebot drückt die Warena Arbeitskraft. Diese Perspektiven erklären, weshalb das Unternehmertum in der Großindustrie, trotz der offensichtlichen Gefahr für die Exportindustrie, einer Erhöhung der Schutzzölle nicht widerstrebt. Man kalkuliert: Die Erhöhung des Exports wird ausgeglichen durch Lohndruck, und die gleichzeitige größere Abschließung des Binnenmarktes gegen die Auslandskonkurrenz gestattet eine schärfere Ausnutzung der inländischen Konsumenten. Auf jeden Fall wird bei solchem „Schuh der nationalen Arbeit“ durch das Unternehmertum der Arbeiter als Produzent ganz ordentlich geschädigt.

Das ist der Fall unter der Voraussetzung, daß trotz Erhöhung der Schutzzölle Handelsverträge zu Stande kommen. Viel gefährlicher jedoch würde es für den deutschen Arbeiter, wenn die Agrarier mit ihren offenkundigen Wünschen das Glück hätten, Handelsverträge zu hinterziehen und die gute Konjunktur durch eine Krise abgelöst wird. Ohne Zollkrieg kann Deutschland, wenn auch schließlich ohne großen Gewinn, durch Fixierung des Exportes seine überflüssigen Produkte nach dem Auslande abstoßen. Leben wir aber mit den importirenden Staaten im Zollkriege, so muß die inländische Produktion um die Menge des verminderten Inlandsverbrauches, bei niedergehender Konjunktur, eingehen, und werden, oder, die Menge wird auf dem Auslandsmarkt unter ungeheuren Verlusten abgesetzt. Um sich einen Bezugspunkt zu machen, was das bedeutete, ist nur nötig, die als Folge der letzten Krise veränderten Ein- und Ausfuhrziffern der letzten Jahre in Vergleich zu stellen. Dieselben ergeben für die Eisenindustrie folgendes Bild. Es betrug die Ausfuhr resp. Einfuhr an Eisen- und Eisenwaren:

	1900	1901		
	Tonnen	Wert in 1000 M.	Tonnen	Wert in 1000 M.
Einfuhr . . .	1,128,786	247,121	508,370	163,117
Ausfuhr . . .	1,844,159	795,582	2,636,654	901,193

Zufolge des verminderten Bedarfs an Rohprodukten ging die Einfuhr in dem einen Jahre um 620,416 Tonnen (über 100 Prozent), der Wert der Einfuhr um rund 84 Millionen Mark zurück; gleichzeitig stieg die Ausfuhr um 792,495 Tonnen, der Wert der Ausfuhr um 105½ Millionen Mark. Welchen Gefahren der deutsche Arbeiter als Produzent entgegen geht, wenn durch eine agrarische Zollpolitik die Abschließung großer Mengen Produkte, wenn nicht ganz verhindert, sondern nur wesentlich erschwert wird, läßt auch folgende Zusammenstellung erkennen.

### Es betrug Deutschland

	Roheisen- Erzeugung	Roheisen- Verbrauch insgesamt in Tonnen	Roheisen- Verbrauch für das Inland
1898 . . . . .	7,312,766	7,448,183	5,844,132
1899 . . . . .	8,143,132	8,583,731	7,143,205
1900 . . . . .	8,422,842	9,059,431	7,499,115
1901 . . . . .	7,785,887	7,775,906	5,318,330

Im Jahre 1901 konnten mehr als der gesamte Verbrauch durch Eigenproduktion gedeckt werden; aber diese Produktion stand um 2,467,557 Tonnen über dem Inlandsverbrauch. Fast um dieselbe Menge — 2,180,775 Tonnen — ging der Inlandsverbrauch im Jahre 1901 gegen das Vorjahr zurück. Die Krise ist also vorwiegend auf die Verminderung des Verbrauches im Inlande zurückzuführen. Obwohl es nun gelang, bei den bestehenden Handelsverträgen die Ausfuhr bedeutend zu steigern, was ohne großen Schaden für die deutsche Volkswirtschaft, speziell aber für den Produzenten auch nicht möglich war, was aber dann, wenn im Zollkriege oder bei ungünstigen Handelsverträgen die Ausfuhr Jahr erhöht wird? Das Arbeitslosenheer wird dann um Tausende von Metallarbeitern größer! Nur kommt für die Zukunft noch weiter in Betracht, daß der starke Inlandsverbrauch in 1899 und 1900 vorwiegend auf Vergrößerung der bestehenden und Anlage neuer Fabriken zurückzuführen ist, die Produktionsmittel gewaltig vermehrt wurden, wir also für die Zukunft noch mehr wie bisher auf den Export angewiesen sind.

Die Feinde von Handelsverträgen behaupten nun allerdings, Deutschland brauche auf das Ausland gar keine Rücksicht zu nehmen, weil die importirenden Staaten Deutschland ebenso gut als Markt gebrauchen, wie wir jene Staaten. Das ist ein Trugschlüß, der auf der Hand liegt! Wir können schließlich auf amerikanischen Weizen usw. verzichten, den notwendigen Bedarf aus Russland usw. beziehen, aber amerikanische Baumwolle müssen wir haben, soll unsere Textilindustrie nicht lahm gelegt und dadurch andere Industrien in Wiederaufbau gezogen werden. Dagegen ist Amerika mit seinem Produkt auf uns angewiesen. Es hat sämtliche Rohprodukte in reicher Fülle im Lande und produziert mehr landwirtschaftliche Güter, als es nötig hat. Ein Zollkrieg mit Amerika könnte höchstens dazu führen, daß Amerika die Industrie derjenigen Güter, die es jetzt noch aus Deutschland einführt, dort vollständig auf die Höhe des Bedarfs bringt. Und Russland würde bei Erschwerung seines Getreideexportes nach Deutschland uns den Markt für industrielle Güter verengen, der emporstrebenden eigenen Eisenindustrie auf Deutschlands Kosten ermöglichen, sich schneller auszutrocknen, uns mit der Zeit nicht nur im eigenen Lande, sondern auch auf dem Auslandsmarkt Konkurrenz machen — vielleicht sogar mit deutschem Kapital.

Es nutzt nichts, irgend welchen schönen Träumen nachzuahmen; die Verhältnisse swingen uns, die deutsche Industrie zu fördern, auch gegen die plünderungsfähigen industriellen Hochschutzzölle. Auch diesen ist es mittlerweile bei der agrarischen Zollkonfliktspolitik etwas schwül geworden. Sedenfalls hat die Gestaltung des Ausfuhrhandels im letzten Jahre vieles zur Enttäuschung von ihrem schutzzöllnerischen Rausche beigetragen. Die Trauben des Monopols für den Inlandsmarkt durch starke Erhöhung der Zölle auf industrielle Produkte erschienen ihnen durch die agrarischen Forderungen denn doch etwas sauer. Die zu befürchtenden Repressionsmaßregeln der betreffenden Staaten dämpfen ihren Zolleifer. Daß durch die agrarischen Zollforderungen die Erhöhung der industriellen Zölle aussichtsloser wird, darüber braucht der deutsche Arbeiter nicht betrübt zu sein. Als Produzent, und das gilt in erster Linie für den Metallarbeiter, hat er ein eminentes Interesse daran, daß Zollerhöhungen unter allen Umständen verhindert werden. Aufgabe des deutschen Arbeiters ist es, sich selbst und die deutsche Industrie, sowohl gegen die egoistischen Streitungen der Agrarier, wie auch der Industrie, gewaltig zu schützen.

W. D.

### Die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in Nordbayern.

Die Agitation-Kommission für Nordbayern führte in ihrer fortlaufenden Verhandlungssitzung den Beschuß, nationale Erhebungen zu pflegen, um auf Grund des gewonnenen Materials festzustellen, inwieweit in diesem Bezirk die neue Geschäftszirkulation eine Verschlechterung der Lebenslage der Metallarbeiterfamilie herbeigeführt hat.

Andererseits aber auch, um an zahlreichen Beispielen den Kollegen nachzuweisen, wie notwendig es ist, sich dem Metallarbeiterverbande anzuschließen und ferner, was die Unterlassungsfürden für Wirkungen gezeigt haben. Die Unternehmer gehen so ziemlich allgemein in der rücksichtslosen Weise vor, nicht die mindeste Rücksicht leitet sie, ihr Motto lautet: Abschaltung der Auswüchse kapitalistischer Produktion auf die Arbeiterklasse. Wenn in den einzigen Verwaltungsstellen die Zahl der Arbeitslosen, die der Organisation angehören, nicht groß ist, so hat dies darin seinen Grund, daß in den kleinen Orten nur ein oder wenige Betriebe vorhanden sind und die Wahrscheinlichkeit, wieder Arbeit zu erhalten, sehr gering ist, wodurch die Kollegen veranlaßt sind, nach wenigen Tagen Arbeitslosigkeit zum Wandertab zu greifen, um größere Industrieorte aufzusuchen. In solchen Zeiten steigen besonders die Ausgaben für Kleingeld.

Bei der Rubrik Leistung bemerkten wir zu dem eigentümlichen Verhältnis der Organisierten zu den in den vorigen Betrieben beschäftigten Arbeitern, daß viele Kollegen in umliegenden Orten und Städten arbeiten. Einige Fragebögen blieben aus oder konnten wegen ungenügender Aufzeichnung nicht berücksichtigt werden, wie Fürth usw. Es ist ein trauriges Bild, das wir entrollen.

Verwaltungsstellen	Betriebe	Zahl der Arbeiter	Organisiert	4. Quartal 1901			Zugänge	Abgänge
				männlich	weiblich	männlich		
Ansbach . . . . .	34	196	72	13	—	179	—	9—13
Aschaffenburg . . . . .	42	138	2	24	—	309	—	10
Bamberg . . . . .	72	228	74	28	—	517	—	9—13
Bayreuth . . . . .	33	240	28	37	—	460	—	10—14
Erlangen . . . . .	11	265	21	71	—	850	—	9—12
Fürth . . . . .	5	58	—	—	—	—	—	10—13
Gerasmühl . . . . .	2	72	51	26	1	379	13	10½
Kitzwang . . . . .	3	16	7	51	9	606	130	—
Mitt.-Redwitz . . . . .	4	432	—	10	—	—	—	10
Martinslamitz . . . . .	1	150	2	79	—	1030	—	9—10
Mögeldorf . . . . .	12	155	15	78	8	1103	95	10
Neumarkt . . . . .	2	90	1	24	—	203	—	10
Pegnitz . . . . .	1	280	—	126	—	1255	—	10
Regensburg . . . . .	126	459	7	75	—	1336	—	9½—11
Roth a. S. . . . .	3	178	200	57	14	730	14	10—15
Schniegling-Doos . . . . .	16	1359	379	134	3	1500	65	7½—10
Schwabach . . . . .	5	144	120	55	38	798	522	10
Schweinfurt . . . . .	22	402	26	75	—	870	—	10
Würzburg . . . . .	78	1404	8	130	—	1500	—	8—10
Zirndorf . . . . .	22	282	273	35	—	347	—	10

Überhaupt wurden trotz der schlechten Geschäftszirkulation in Aschaffenburg bei der Maschinenfabrik Gential pro Woche 12 Stunden; Bayreuth: Gießerei Hensel pro Woche 24 bis 30 Stunden; Firma Mod. 12 Stunden pro Woche; Gerasmühl: J. B. Weidner, Metallhandwerker, 1 Mann täglich 1½ Stunden; Neumarkt: Expressfahrrad-Werke, einzelne Leute bis zu 25 Stunden pro Woche; Gießerei, Hammstein wie bei erster bis zu 20 Stunden; Schniegling-Doos: Premier-Fahrrad-Werke 4 Stunden; Mars-Fahrrad-Werke 4 Stunden und Waschsalon von Roth 12 Stunden pro Woche; Schweinfurt: Fichtel und Sachs, Augelfabrik, 4 Stunden pro Woche; Fichtel u. Höpflinger 2 Stunden pro Woche; Zirndorf: Zimmermanns-Spiegelfabrik 2—3 Mann 15 Stunden pro Woche.

Prozent für Überstunden zahlen wenige Unternehmer und es scheint, daß allgemein Gebrauch zu werden. In Ansbach zahlt die Firma Bachmann 50 Proz.; Aschaffenburg: Firma Gential nach Abends 9 Uhr 15 Proz.; Erlangen: in 7 Betrieben je 20 Prozent; Gerasmühl: J. B. Weidner 5 Proz.; Pegnitz: die Pegnithütte zahlte bis 1. Oktober 1901 auch den Altkondarbeitern 25 Proz., jetzt nur noch den in Taglohn stehenden; Regensburg: 1 Betrieb 20 Proz.; Schniegling-Doos: Waschsalon vor Roth 10 Proz.; Schweinfurt: Fichtel u. Sachs nach 7 Uhr Abends 20 Proz.; Würzburg: Roel u. Comp. 15 Proz.; Schweinfert 25 Proz., Bartsch 25 Proz., Karl 25 Proz.; Zirndorf: Zimmermann pro Stunde 10 Pfsg. mehr.

Gutlafungen wurden vorgenommen: Aschaffenburg: Werkzeugfabrik Fichtel 20 Mann, Wig u. Baumgärtl 20 Mann; Gerasmühl: J. B. Weidner 4 Arbeiter, 1 Arbeiterin; Mögeldorf: Eisenfabrik Deder 15 Arbeiter, 4 Hilfsarbeiter, Fichter 8 Arbeiter; Martinlamitz: im dortigen Eisenwerk 8 bis 10 Schlosser, Fichter müssen als Schlosser arbeiten; Neumarkt: Expressfahrrad-Werke 6 Arbeiter, Pegnitz: die Pegnithütte beschäftigte bis September 1900 400 Arbeiter, jetzt nur noch 230; Schweinfurt: Reutlersche Gießerei 3 Mann; Würzburg: Roel u. Comp. 10 Mann, Karl 5 Arbeiter; Zirndorf: Benz 4, Hammerbacher 4, Emmerling 2 Männer. Bemerkbar sei, daß es in Wirklichkeit noch schlimmer ist, es fehlt vielfach an Verbindung mit den einzelnen Fabriken.

Verteilung der Löhnne: Aschaffenburg: Werkzeugfabrik Gauter u. Meissner, Fichtel u. Wig und Baumgärtl Altkondition um 50, 25 und 20 Proz. Bayreuth: Gießerei Hensel, die Löhne um 10, die Altkondition um 40 Proz. Erlangen: Bei Reiniger, Gebert u. Schell dürfen die Schlosser im Altkondition nicht wie 35 Pfsg. verdienen, sonst wird abgezogen. Mögeldorf: bei Deder wurde den Hilfsarbeitern der Lohn reduziert um 2 Pfsg. pro Stunde. Berg: die Löhne um 2 bis 4 Pfsg. reduziert. Martinlamitz: Altkondition bis 20 Proz. Roth a. S.: Altkondition bis 20 Proz. Schweinfurt: Fichtel u. Sachs Altkondition 10 Proz. Würzburg: Roel u. Comp. Altkondition 15 Proz.

Einpruch erhob man dagegen in Aschaffenburg ohne Erfolg, Martinlamitz mittheilweise, Pegnitz ohne, Schweinfurt ohne Würzburg mittheilweise Erfolg.

### Reduktion der Arbeitszeit wegen Arbeitsmangel

wurde vorgenommen: Ansbach bei Bachmann ½ bis 2 Stunden täglich. Altdorf: Sauter u. Meißner 1 Stunde tgl. Kirch 5 Stunden tgl. Erlangen: Spielwarengesellschaft 5 Stunden 5 Stunden, Erhardt jun. 6 Std., Erhardt sen. 15 Stunden pro Woche. Regensburg: in 6 Maschinenfabriken 8—10 Stunden pro Woche. Gerasmühle: 8½ Stunden pro Woche. Mögeldorf: Decker 2 Std. tgl. Benz 2 Std. tgl. Martin Rediviv: Rockstroh 2 und Offendorfer 2 Stunden tgl. Martin Rediviv: 1 Std. tgl. Neumarkt: Röhrstein 30 Std. pro Woche. Pegnitz: 1—3 Std. tägl. Schwabach: Schmeidinger 2, Kneidlinger u. Fries 4 Std. pro Woche; Herold 2 Std. tgl. Schneidfurt: Drechsler 1 und Fischer 1 Std. tgl. Würzburg: Noel 2, Böhn u. Herold 2, Böckbaum 2, Kurz 2 Std. tgl. Birndorf: Benz 2 Tage pro Woche. Hammelbacher 2 Tage pro Woche. Rothreis 10 Std. pro Woche.

### Aussetzen der Arbeit.

Bamberg: Schlosserei Borch 6 Mann 32 Wochen; Schlosserei Niedl 2 Mann 11 Wochen. Mögeldorf: Firma Forster ledige Arbeiter Montags. Pegnitz: Jüngere Arbeiter 8 Tage bis 3 Wochen.

### Organisierte Arbeitslosen

waren im 4. Quartal vorhanden: in Erlangen 1, Gerasmühle 4, Kapfholz 6 männliche, 1 weibl., Mögeldorf 10, Martin Rediviv 3, Regensburg 3, Roth 6, Pegnitz 5, Schneidung-Dos 7, Schwabach 1 männl., 2 weibl., Würzburg 8, Birndorf 1.

### Schlechte Behandlung, Lehrlingszüchterei, schlechte Höhe

sind zu bezeichnen vorwiegend in Kleinbetrieben. Die Schmiede in Ansbach haben bei 10stündiger Arbeit 3 bis 8 Mt. mit Post und Logis. Die Firma Gential daselbst beschäftigt bei 18 Gefellen 14 Lehrlinge. Der geringste Fehler wird mit 1 bis 2 Mt. Strafe geahndet. Die Behandlung ist brutal. In Rothenburg wird allgemein über schlechte Behandlung geklagt, besonders bei Henkel und Lüdtig. Erlangen: der Verdienst in der Eisenhütte Staub ist höchstens 16 Mt. wöchentlich. Die Leute waren früher sämtlich organisiert, mussten aber aus dem Betrieb austreten oder die Arbeit verlassen. Der Verkehr mit diesen Arbeitern ist sehr erschwert, da sie in einem jungen Arbeiterhaus wohnen. In der Metallzinnerie Etzelsbach wird nur im Akkord gearbeitet und wöchentlich 6 bis 9 Mt. verdient. Röhrstein in Neumarkt behandelte seine Leute schlecht und äußert, das hätten die Kollegen dem Streit zu verdanken. In den Expressfahrrad-Werken ist die Behandlung gut, nur möge die Firma rechtzeitig für Material sorgen, damit die Leute nicht des öfteren zuschlagen müssen. Die Direktion der Pegnitzhütte in Pegnitz benutzt die Seite, um Maßregelungen vorzunehmen; so wurden 4 Mann in letzter Zeit gemacht, darunter der Vorsteher der dortigen Zollstelle. Die übrigen former werden gedrückt und geahndet, sie könnten keine längere Arbeit machen, daher bekomme die Firma keine Bestellungen.

In Schneidung-Dos sagt man allgemein über schlechte Behandlung, schlechte Beschäftigung, Mangel an Schutzausrüstungen, ausgedehntes Strafssystem. Bei der vielverehrten Schnellpressen-Fabrik König u. Bauer in Würzburg ist auch viel zu befürchten; die Organisation konnte aber bis jetzt dort nicht Fuß fassen, trotzdem 600 Arbeiter beschäftigt sind. Es sind das ganzstetts angelehrte Arbeiter aus der ländlichen Bevölkerung. Sie nennen etwas Grundbesitz ihr Eigentum, aus dem sie einen Theil ihres Unterhaltes ziehen. Lehrlingszüchterei, Heimarbeit und Kinderarbeit spielt in Birndorf eine große Rolle.

Wir kommen zum Schluss. Auf der ganzen Linie gehen die Fabrikanten vor, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Faust in der Tasche ballen viele Arbeitnehmer, verharren aber im Status quo. Möchten sie doch einsehen, daß der Glaube an die Humanität der Unternehmer einer Wahl ist. Keine Rücksicht gilt bei den Unternehmern, im wirtschaftlichen Kampfe steht Macht gegen Macht, nur eine starke Organisation kann bessere Zukunft schaffen.

### Darum hoch die Organisation!

Die Agitationskommission für Nordbayern.

### „Eine Anschaunung über die Akkordarbeit“

Im Nr. 11 weist Kollege P. A. in seinem Artikel nach, daß die meisten unserer Kollegen gegen das System der Akkordarbeit kämpfen, ohne die Ursache zu untersuchen, sie jähren mir die verheerende Wirkung; mit den Worten „Akkord ist Mord“ sei für sie die Sache abzethen. Ich wäre vollständig bestiegt, wenn alle unsere Kollegen die verheerende Wirkung der Akkordarbeit einzusehen hätten. Ich glaube, die Akkordarbeit würde dann nicht mehr bestehen. Beträgtten wir sie mal vom hygienischen Standpunkt, so können wir ihr als erste schon verschiedene Krankheiten zur Last legen: z. B. die Herzkrankheit (Herzschwäche) wird häufig durch das ewige Hantieren und Treiben verursacht. Auch in einem Theil der Lungenerkrankheit durch die Akkordarbeit verursacht. Durch die 10—12stündige Akkordarbeit wird die Pauselkraft bedeutend herabgesetzt, es erfolgt Erkrankung des Gesamtorganismus; dadurch Störungen im Stoffwechsel, der Verdauung, Schädigung der überanstrengten Glieder, Dekubitus und Verschleppung der Muskeln, Krebs u. dergl. sowie Erkrankungen der Herzthätigkeit. Die Akkordarbeit ist auch mit häufig an den meisten Unfällen, weil auch hier durch das häufigere Heranziehen der Arbeit die Aufmerksamkeit auf den eigenen Körper hinuntergesetzt wird. Rüthn kann man mit Recht sagen: Akkordarbeit ist Mordearbeit.“

Bon verschiedensten Seiten wird behauptet, daß durch Akkordarbeit indirekt gearbeitet wird und die Gedanken mehr eingespart und ausgebildet werden. Das letztere mag ich bestiegen, ich behaupte sogar, daß man bei der Arbeit im Tagelohn mehr lernt, weil man mehr Zeit dazu benötigt und somit trainiert, die Arbeit bei wenig Anstrengung fertig zu stellen.

Kollege P. A. schreibt, die Akkordarbeit sei in Folge unserer harten Zeiten eine Naturnotwendigkeit. Ich hätte es verstanden, wenn es gesetzten hätte: dem Nutzen der Akkordarbeit eine Naturnotwendigkeit,

d. h. um den Geldbeutel so früh wie möglich zu füllen, damit er die Natur genießen kann. Vom Standpunkt der heutigen Technik kann es ganz gleich sein, ob im Akkord gearbeitet wird oder nicht. Dem Unternehmer ist es nur nicht gleich, denn er hat keine Profit, ob ein Arbeiter im Akkord 5 Mt. verdient oder ob er im Tagelohn 3,50 Mt. bekommt. Würde man im Tagelohn gearbeitet so müßten mehr Leute beschäftigt werden, der Fabrikant müßte mehr Werkzeug, mehr Maschinen anschaffen, ja sogar seine Fabrik vergrößern, in ihm mehr Kapital anlegen, das ihm nicht mehr Zinsen bringen würde als das jetzige.

Kollege P. A. meint, wir sollten über Akkordpreise periodisch Verträge abschließen. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn er einen Vorschlag gebracht hätte; den Buchdrucker-Verband können wir garnicht in Betracht ziehen, denn wir haben mehr als hunderttausend verschiedene Theile zu tarifieren. In Schuhfabriken u. dgl. kann man wohl Tarifabschlüsse herbeiführen, aber nicht in Maschinenfabriken, in diesen kann nur wieder ein Spezialarbeiter, um nicht geschädigt zu werden, über seine oder ähnliche Artikel Akkord vereinbaren.

Tarifverträge auf längere Zeit kann man nur dann herbeiführen, wenn die Akkordarbeit beseitigt ist, indem wir dann für Tag und Stunde einen bestimmten Lohn verlangen, für Überstunden dementsprechenden Aufschlag, in jeder Stadt den Verhältnissen angepaßt und zwar so angepaßt, daß man ein menschenwürdiges Dasein fristen kann, ohne seinen Körper dabei auf's Spiel zu setzen.

O. S.

### Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Der Erzbergbau im L.-B.-B. Bonn (Siegen - Nassau, links-rheinisch) ist schwer von der Krise betroffen worden. Die Förderung an Eisenerzen ging 1901 auf 2,426,787 Tonnen zurück (1900 wurden gefördert 2,751,371 Tonnen), die Arbeiterzahl verringerte sich von 19,342 auf 18,300. Die Zahl der Bleierzbergleute fiel von 9851 auf 8899, die der Kupfererzbergleute von 714 auf 599. In erster Linie ist dies der unzureichenden Betriebsweise der Eisensteinverbände zu verdanken. Der Verein für den Verkauf von Siegerländer Eisenstein setzte die Preise für 10 Tonnen wie folgt fest:

	Rohspat	Rostspat
1. Viertel des Jahres 1896 . . .	80	116
4. " " 1896 . . .	98	137
4. " " 1897 . . .	116	167
1. " " 1898 . . .	116	167
2.—3. " " 1898 . . .	(?) 116	152—167
4. " " 1898 . . .	(?) 105	140—155
1.—3. " " 1899 . . .	101—110	140—155
4. " " 1899 . . .	104—113	145—160
1. " " 1900 . . .	104—113	145—160
2.—4. " " 1900 . . .	116—125	160—175
1.—4. " " 1901 . . .	142—151	195—210

Das durch solche unnatürliche Preisbildung die Bezieher geschädigt und abgeschreckt sind, ist verständlich. Leider sind auch hier wieder die Arbeitnehmer die Hauptleidtragenden.

**Deutsche Eisenbahnschienen für Canada.** Aus Montreal wird der „Frankl. Bdg.“ geschrieben: „Der Chefingenieur der Canadian Pacific Bahn, Herr U. Peterson, ist nach Europa abgereist, um die Ausführung einer Dr. 14 20.000 Stahlbahnschienen, welche die alte Bahn Krupp und anderen deutschen Werken gegeben hat, zu überwachen. Der Auftrag ist an und für sich sehr großer, er wird aber, da die Canadian Pacific Bahn im Laufe der nächsten 12 bis 18 Monate noch bedeutend größere Mengen gebraucht, vielleicht nur den Vorläufer weiterer Bestellungen sein, wenn die deutschen Werke, wie dies gerade jetzt der Fall ist, der amerikanischen und englischen Konkurrenz erfolgreich begegnen können.“

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

Nach dem Beschuß der 5. Generalversammlung in Nürnberg soll der Deutsche Metallarbeiter-Verband auf dem 3. Deutschen Gewerkschaftskongress durch 11 von den Mitgliedern zu wählende Delegierte und 1 Vertreter des Vorstandes vertreten sein. Wir geben natürlich die für die Wahl gültigen Verhältnisse mit dem Namen bekannt, daß Wahlreglement und das zur Wahl jenseit noch notwendige Material, bestehend in Wählerlisten, Wahlprotokollen und Stimmzetteln, je in doppelter Anzahl für die Haupt- und eine etwaige Stichwahl, den Beratungen bezw. Geschäftsführern am Ende der vorigen Woche zugegangen sind. Diejenigen, die es noch nicht erhalten haben, wollen dies ungehoben nach hier mitnehmen.

Zur Vornahme der Wahl von Delegierten zum 3. Kongress der Deutschen Gewerkschaften gilt nachstehendes

#### Wahlreglement.

Der Verband bildet im ganzen 11 Wahlbezirke, an deren Spitze ein Zentralwahlkomitee steht.

Die Zentralwahlkomitees in den Wahlbezirken, die zugleich Agitationsbezirke mit festgelegten Bezirksleitern sind, befreien aus dem Bezirksleiter und der von ihm zur Unterstützung und Kontrolle beigegebenen Kommissionen. In allen anderen Wahlbezirken bildet die Ortsverwaltung, deren Namen in der Wahlbezirkeinstellungszusammenstellung durch Zeitdruck hervorgehoben ist, das Zentralwahlkomitee. Diese Zentralwahlkomitees, ganz gleich ob sie aus den Bezirksleitungen oder aus Ortsverwaltungen bestehen, wählen in einer Mitgliederversammlung (am Ort mit mehreren Nachstühlen in einer kombinierten Versammlung) soviel Delegierte, daß das Zentralwahlkomitee zehn Personen umfaßt. Als Delegierte sind mit solche Mitglieder zu wählen, welche nicht als Mandatären ausgewählt sind. Bis zur erfolgten Wahl der Delegierten hat die Bezirksleitung bezich-

ungsweise die Ortsverwaltung die etwa nötigen Wahlarbeiten allein zu besorgen. Der beobachtete Bezirksleiter beziehungsweise der Bevollmächtigte oder dessen Stellvertreter fungiert als Vorsitzender; die Adressen derselben sind in der Wahlkreiseinteilung angegeben.

Sollte der jeweilige Bezirksleiter oder Bevollmächtigte als Kandidat zur Wahl gestellt werden, so übernimmt der Stellvertreter desselben für ihn die Funktion des Vorsitzenden des Central-Wahlkomitees und ist seine genaue Adresse unter genauer Bezeichnung der Wahlabteilung im Verbandsorgan sofort bekannt zu geben.

#### Vorschläge von Kandidaten.

Zur Vermeidung einer zu großen Stimmenplattierung wird es sich empfehlen, wenn die zu den einzelnen Wahlbezirkeinstellungen zählenden Mitgliedschaften umgehend ihre Kandidatenvorschläge den Zentralwahlkomitees (in jeder Wahlbezirkeinstellung durch Zeitdruck hervorgehoben) mittheilen, damit diese die Vorschläge den Mitgliedschaften ihrer Wahlbezirkeinstellung bekannt geben können.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen den Zentralwahlkomitees bis spätestens am 20. April 1902 mitgetheilt sein.

Das Zentralwahlkomitee hat diese Vorschläge nicht vor dem 21. April 1902 zusammenzustellen und den einzelnen Mitgliedschaften sofort, spätestens aber bis zum 24. April 1902 bekannt zu geben.

Etwaige nach dem 20. April 1902 dem Zentralwahlkomitee zugehörende Vorschläge können wohl zur Wahl zugelassen werden, für die Zentralwahlkomitees besteht aber keineswegs eine Verpflichtung, diese Vorschläge den Mitgliedschaften zur Kenntnis zu bringen.

Ebenso besteht auch keineswegs für die Mitgliedschaften die Verpflichtung, die Vorschläge zu wählen.

Bei Mittheilung der vorgeschlagenen Kandidaten an den Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees sind etwaige Abstimmänderungen, die sich seit 1. März 1902 bei den Bevollmächtigten ergeben haben, anzugeben.

#### Wahlberechtigung und Wählbarkeit.

Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied. Wählen kann ein Mitglied nur in der Wahlbezirkeinstellung, in welcher es zur Zeit in der Mitgliederliste als zahlendes Mitglied eingetragen ist; gewählt können jedoch auch solche werden, die in einer anderen Wahlbezirkeinstellung in der Liste stehen.

#### Wahlhandlung.

Die Wahl der Delegierten erfolgt in einer Mitgliederversammlung und kann sich über die ganze Dauer derselben oder aber auch nur über einen Punkt der Tagesordnung erstrecken. Der Wahlgang ist jedoch so zeitig zu beenden, daß die Zusammensetzung des Resultats noch vor Schluss der Mitgliederversammlung erfolgen kann.

Der Eintritt in die Wahlhandlung und der Schluss derselben ist von den Bevollmächtigten den Mitgliedern ausdrücklich bekannt zu geben.

Nach Bekanntgabe des Eintritts in die Wahlhandlung ist eine Vertragung der Wahlhandlung auf eine spätere Versammlung, ebenso wie die Vornahme der Wahl in verschiedenen kleineren Werkstatt- oder Bezirksversammlungen oder die Einziehung der Stimmen von den Mitgliedern in ihren Wohnungen oder durch Beitragsanträger, Postboten usw., unzulässig.

Die Wahl erfolgt mittels Stimmzettel und sind vorher die Namen sämtlicher Kandidaten der Wahlbezirkeinstellung den Mitgliedern in verständlicher Weise mitzuteilen.

Diese Mittheilung kann in der Weise geschehen, daß entweder die Kandidatenliste mehrmals verlesen oder nach einmaliger Verlesung im Local sichtbar ausgehängt wird; in letzterem Falle sollte aber auf diesen Aushang hingewiesen werden.

Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Ortstempel versehenen unbeschriebenen Stimmzettel und kann darauf (nur eigenhändig) bei der Wahl einen Namen verzeichnen. Stimmzettel, die nicht Namen enthalten, sind ungültig. Orthographisch unrichtig geschriebene Stimmzettel sind gültig, sofern der Name darauf deutlich zu erkennen ist.

Jedes wählende Mitglied hat sich bei Abgabe seines Stimmenzimmers in die aufliegende Wählerliste einzutragen.

Neben die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll aufzunehmen und von der gesamten Ortsverwaltung zu unterzeichnen. Das Protokoll muß enthalten: Angaben über den Tag der Wahl, über die Dauer, ob sie sich über die ganze Versammlung ausdehnt oder mit einem Punkt der Tagesordnung in Anspruch nahm, daß und in welcher Weise die Kandidaten bekannt gemacht, wie viel Stimmen im Ganzen und wie viel für jeden einzelnen Kandidaten abgegeben sind.

Einwendung des Wahlresultats an das Zentralwahlkomitee.

Dieses Protokoll nebst Wählerliste und Stimmzetteln ist an das Zentralwahlkomitee so rechtzeitig einzuführen, daß es spätestens am 11. Mai 1902 in dessen Händen ist.

Das Komitee ist gut zu verschieben, mit dem Vertreter „Stimmzettel, Wahlresultat“, zu versiehen, damit der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees es nicht vor der Zusammensetzung des Resultats in der Sitzung des gesamten Zentralwahlkomitees zu öffnen braucht.

Prüfung und Zusammensetzung des Ergebnisses durch das Zentralwahlkomitee.

Nach Eingang der Wahlresultate, Stimmzettel, Protokolle und Wählerlisten hat der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees sofort, jedoch nicht vor dem 12. Mai 1902, das Zentralwahlkomitee zu einer Sitzung einzuberufen, welche thunlichst auch den übrigen Mitgliedern zugänglich zu machen ist.

In dieser Sitzung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Verwaltungen durchgesehen, die Wählerlisten und Stimmzettel geprüft und das Wahlresultat zusammengestellt.

Wahlresultate, bei denen das Protokoll oder die Wählerliste oder die Stimmzettel fehlen, sind für ungültig zu erklären und bei der Zusammensetzung des Resultats nicht in Betracht zu ziehen.

Daselbe gilt, wenn die Angaben des Protokolls mit denen der Wählerliste, oder die letztere nicht ebenso viel Namen enthält, wie Stimmzettel abgegeben wurden, oder



## Korrespondenzen.

### Metallarbeiter.

Berlin. Die Kühnemänner und das Einigungssamt des Berliner Gewerbegerichts. Die Metallarbeiter, die sich zur Zeit bei den Firmen Ludwig Löwe und Ultmann im Streit befinden, hatten sich, wie man uns mittheilt, kurz vor Ostern an das Einigungssamt gewandt zwecks Beilegung der Differenzen in beiden Betrieben. Beide Betriebe haben ablehnend geantwortet. Die Firma Löwe mit einem Schreiben, in dem es u. A. heißt, daß die Firma die streikenden Kernmacher als Fremde betrachte, dieselben sollen vom Nachweis der Kühnemänner aber nicht gesperrt werden, und habe die Firma einen dahingehenden Wunsch in einem Brief unter dem 27. März an den Verband der Berliner Metallindustriellen gelangen lassen. Die Firma sei bereit, wenn sich einzelne der Kernmacher melden, diese eventuell wieder einzustellen. Es müsse aber abgelehnt werden, mit einer Gruppe von Leuten zu verhandeln, und werde die Firma deshalb auch zu dem anberaumten Termin nicht erscheinen. Die streikenden Kernmacher haben darauf beschlossen, der Firma die Mithilfe zukommen zu lassen, daß von einem einzeln kommen nicht die Riede sein kann, entweder alle oder keiner! Was die Firma schreibt vom Rücksperren, ist vollständig wertlos. Nach den bisher gemachten Erfahrungen hat die Entscheidung darüber, ob die Arbeiter gesperrt werden oder nicht, nicht die betreffende Firma in der Hand, sondern die Vertrauenskommission des Industriellen-Verbandes oder, um ganz deutlich zu sein, Herr Kühnemann mit dem gottähnlichen Herrn Kleffel. Um aber auch in diesem Fall einen bestimmten Beweis dafür zu haben, sind am Donnerstag früh drei Kernmacher auf dem Arbeitsnachweis der Kühnemänner gewesen. Einen Schein gab es nicht, weil (dies wurde ausdrücklich gesagt) sie Streikende der Firma Ludwig Löwe sind. Die Kernmacher haben einstimmig beschlossen, im Streik weiter zu verbleiben und werden deshalb alle Kernmacher erücht, die Streikenden weiter durch Fernbleiben von dem Betrieb zu unterstützen. Die Firma Ultmann hat auf das Eruchen des Gewerbegerichts ein Schreiben gesandt, in dem es u. A. heißt, daß die Firma unter Hinweis auf § 62 des Gewerbegerichtsgesetzes keine Veranlassung hat, das Einigungssamt anzutreten und zum Termin nicht erscheinen wird. Die Firma hätte schon längst notwendig gehabt, mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Industriezweiges, den Betrieb einzuschränken. Und da auf Monate hinaus keine Veranlassung zur Vergroßerung der Fabrikation vorliege, sei es ganz zwecklos, über die Möglichkeit der Wiedereinstellung der Streikenden zu verhandeln. Der Richtigkeit des in diesem Schreiben Ausgeschütteten steht ja nur entgegen, daß erstens die Firma noch sehr gern leistungsfähige Kräfte einstellen würde, wenn sich nur solche finden. Beweis: „Die Tätigkeit des Nachweises in der Gartenstraße und außerdem die Bemühungen, von auswärtigen Drehern zu heranziehen. Zweitens ist es ein Unrecht, den Betrieb in jüngerer Gestalt aufrecht zu erhalten, denn dann sind etwa doppelt so viel Beamte (Schreiber, Komptotisten, Buchhalter u. c.) als gelernte Arbeiter im Betrieb. Freilich, wo schon so viel eingeschüttet ist, kann es eigentlich auf 100,000 mehr oder weniger nicht ankommen. Die Streikenden haben von dem Schreiben Kenntnis genommen und beschlossen, den Streik fortzuführen. Der Zugang muß unter allen Umständen ferngehouden werden.“

Frankfurt a. M. Dienstag den 10. in der ersten Adressat in der Stadt. „Reden und Schreiben der Direktion und die Wahrheit über die Lage, den Kleinbetrieb und die Entwicklung der Adler-Fahrradwerke.“ Mit diesem Thema beschäftigte sich eine vor Jahren im Giroverwaltungshaus stattgefundenen Versammlung der Arbeiter genannter Zoll. Wenn die Direktion vor Weihnachten ihre horrenden Abzüge damit begründet habe — so jüngste Senege Bornemann aus — daß die Fabrik nur aus dieser Weise konkurrenzfähig bleiben könne und nicht zu Arbeitsermittlungen freireiten möchte, so beweise die jetzt veröffentlichte Bilanz der Gesellschaft, wie sehr man damals gesündigt habe. Herr Alcmar erläuterte damals der bei ihm engagierten Kommission, daß von einer täglichen Produktion von 80 Fahrrädern höchstens 2–3 verkauft würden, während die anderen der Filialen zugingen und die Gesellschaft doch nicht ihr ganzes Vermögen ins Lager setzen könne. Demgegenüber sagt der Geschäftsbereich: daß sich der Umsatz in Fahrträdern auf der früheren Höhe erhalten hat, während sie die Ziffern der Verkäufe in Schreibmaschinen und vor allem in Motorwagen steigerten. Beide Artikel vertreten den gewünschten Ton für den Preisrückgang in der Fahrradbranche zu bringen. Das Ereignis der Dunlop Pneumatic Tyre Co. in Hanau ist gleich genauso, wie in früheren Jahren geschehen, und auch für das nächste Jahr darf ein ehemaliges Rekordjahr in Aussicht genommen werden. In Fahrträdern geht die Gesellschaft in das neue Geschäftsjahr mit annähernd der gleichen Höhe dem Auftragen wie früher, indem sie die Preise infolge der vorliegenden Gesamtlage noch etwas nachgegeben. Die jetzt in vollkommenster Konstitution vorliegende Gesellschaften brachte dem Unternehmer jedoch vermehrte Umsätze, was gegenwärtig die Zukunftserwartungen hierfür erweckt werden müssen. Läßt für den Betrieb von Motorrädern nur ein weiterer erheblicher Theil der Arbeiterkraute herangezogen werden. Die Motorräder vertraten eine gute Entwicklung. „In den Vorjahren stieg nach der Bilanz 366,475 Pf. weniger Betrieb als im Vorjahr, nämlich 1,157,480 Pf. gegen 1,463,935 Pf., und da redet man vom ganzen Vermögen ins Lager freie!“ Die Schulden sind von 735,444 Pf. im Vorjahr auf 213,348 Pf. zurückgegangen. Die ganze Bilanz steht heute über die „durchschnittenen“ Kapitalpositionen: bei 3 Millionen Rent-Kapital und 100,000 Pf. Hypothekenabzügen enthalten die veränderten Reiter 1,137,027 Pf., nämlich der gesuchte Reservebonds 507,027 Pf., den besondre Reiterfonds 270,000 Pf. und der Dividenden-Ergänzungsfonds 360,000 Pf. Zu den Unterhaltungsfonds für Beamte und Arbeiter wurden 5000 Pf. abgeführt, an Rentierien für Kapitalbeschaffung, Renten und Beamten wurden dagegen 57,508 Pf. gezahlt. Kein Wunder, daß an den Söhnen und Nichten des Arbeiters gewählt werden mögten, in-

Dividenden konnte die „so schwer von der Konkurrenz bedrohte“ Gesellschaft „nur“ 300,000 Pf. gleich 10 Proz., wie im Vorjahr vertheilen; dabei stehen in der Aktiva das Velodrom, Gutleutstraße 29, die elektrischen Anlagen, Pferde und Wagen, Modelle und Patente nur mit je einer Mark zu Buch, sind also voll abgetragen. Der Bruttogewinn, einschließlich der Resultate der Filialen und Gewinnanteil bei der Dunlop Pneumatic Tyre Co. in Hanau beträgt 1,509,184 Pf. Wie hoch wird er sich erst stellen, wenn die Preise in allen Fällen die Herstellungskosten bedecken werden, was doch jetzt nach den damaligen Erklärungen des Herrn Kleffel nicht der Fall sein soll? Die Aktien waren denn auch in den 8 Tagen zwischen der auszugsweise Veröffentlichung des Geschäftsberichts und der Generalversammlung der nothleidenden Aktionäre von 149 auf 160,20 emporgeschossen. Zahlen beweisen, meinte der Referent, und diese Zahlen beweißen, neben den immer wieder vorgenommenen Einstellungen von jüngsten und billigen Arbeitskräften, wie recht wir damals hatten mit unserer Behauptung, daß die Maßnahmen lediglich getroffen würden, um eine ungehemmte Dividende verteilen zu können. Das mit den ungeübten Kräften in der Schreibmaschinen-Abteilung nicht genug geliefert werden könnte und man froh wäre, wenn man jetzt die alten Leute wieder hätte, sei wirklich eine Ironie des Schicksals. Die Ladierer habe man ja bis auf 3 Mann wieder geholt und suche solche noch täglich am Roßmarkt — ohne Erfolg. Es geht halt nichts über christlich-kapitalistische Moral! Die Arbeiter aber mögen aufs Neue die Lehre beherzigen: Wolt ihr euch einen besseren Anteil am Ettrage eurer Arbeit sichern, dann hinein in die Organisation!

Iserlohn. Wer sich bei der Firma Rassenberg an der Hagenstraße nicht alle nur möglichen Schimpfworte gefallen läßt, wird entlassen. Behandlung und Löhne pflegen sich die Wage zu halten. So auch hier. Mordverdienste von 18–20 Pf. in 14 Tagen sind keine Seltenheit. Bei solchen Löhnen blüht die Heimarbeit. Noch nicht schulpflichtige Kinder müssen zum Familieneinkommen beitragen. Die Firma Witte & Co. ist berühmt ob ihrer „Wohlfahrtskasse“, zu der selbst Arbeiter, die nur acht Tage beschäftigt sind, 5 Pf. Eintritt beisteuern müssen. Der wöchentliche Beitrag ist 8 Pfennig. Die Arbeiter würden gerne eine Abrechnung sehen, die ihnen bisher vorenthalten wurde. Trotzdem bei dieser Firma 14 Mann wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, gibt es Kollegen, die Überstunden machen. Traurig, aber wahr. Die Werkstätte Rüssing & Möllmann, die ca. 300 Arbeiter beschäftigt, hat Lohnreduktionen bis zu 25 Prozent vorgenommen. Protestiert haben die Arbeiter nicht. Die Leute sind so an das Ausbeuten gewöhnt, daß sie auch das für selbstverständlich hielten. Wann werden die Iserlohner Metallarbeiter erwachen?

Krefeld. Zu der am 23. März in der Unionsbrauerei tagenden öffentlichen Metallarbeiterversammlung war als Referent Bezirksleiter Spiegel erschienen. Die freien Gewerkschaften, so führte der Referent im Wesentlichen aus, würden aufklärend, wodurch schwere wirtschaftliche Kämpfe vermieden werden. In der Fabrik von Kleinewebers & Heines besteht noch eine Arbeitszeit bis zu 16 Stunden täglich. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Vorgesetzten ist dabei eine brutale. Kollege Spiegel verbreitete sich jerner über das Statut, die Rechte und Pflichten der Mitglieder. In der Diskussion meldeten sich mehrere Metallarbeiter zum Wort, die sich alle im Sinne des Referenten aussprachen. Eine sich mit den Ausführungen deckende Resolution fand einstimmige Annahme. Nachdem Kollege Spiegel noch die unzöne Handlungswise eines Arbeiters der Firma Kleinewebers, der die Verhandlung unmöglich zu machen suchte, in der richtigen Weise geschildert hatte, forderte er die Kollegen auf, nur dort zu verbleiben, wo die Wirthschaft ihre Räume uns zur Verfügung stellen.

Osnabrück. In der Versammlung vom 23. März wurde heftig Klage geführt über die niederen Löhne und die grobe Behandlung der Arbeiter. Die Firma Schuster & Mattheuer liegt in allen Zeitungen tüchtige Schlosser bei hohem Lohn. Der hohe Lohn beträgt pro Stunde 18–28 Pf. Für Kost und Logis nur dabei 9–10 Pf. pro Woche bezahlt werden. Die Kollegen sollten sich immer erst bei dem Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle zu Osnabrück erkundigen, ehe sie auf solche Annoncen hereinfallen.

Remscheid. Auf der Remscheider Eisenhütte, Firma Spiegel, ist es zu Lohnabschüssen gekommen. Wir ersuchen den Zugang von Formen fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

England. Die mangelsame politische Schulung der Gewerkschaftler rächt sich jetzt selber. Die im vorigen Jahre vorgekommenen gerichtlichen Maßnahmen gegen einige Gewerkschaften habe große Beunruhigung hervorgerufen und eine Menge von hervorragenden Gewerkschaftsleuten in eifrig bemüht, Schlußfolgerungen gegen die Niederholung solcher Maßnahmen ausfindig zu machen. In „The Amalgamated Engineers Monthly Journal“, dem Organ des Maschinenbau-Verbandes, findet seit längerer Zeit eine eifige Diskussion unter einigen Mitgliedern desgleichen statt, freilich, ohne daß sie jetzt zu irgend welcher Klarung der Sache geführt hätte. „Wir reden ganz geistvollig über diese Frage und bringen wenige Gedanken: We talk quite slippishly on this question and give little thought, ich rechi ein Mitglied. Der allgemeine Stand geht nach „Labour Representation“ (Vertretung der Arbeiter) im Parlament, indem in man sich über die Einzelheiten darüber, wie diese sich beihilfigen soll, nichts weniger wie klar. So weiß das eben zu viele Mitglied auf die verschiedenen Staaten des Kontinents hin, wo die Arbeiterkraft bereits vertreten ist und fragt — natürlich, ohne die Beschaffenheiten in den politischen Verhältnissen zu beachten —, ob dort dem mehr gegeben sei, um die Lage der arbeitenden Klasse zu heben als in England. U. A. weiß er auf die jetzt in verschiedenen Städten Preußens herrschende Wohnungswohl hin und hebt als Beispiel hervor, daß in Kiel 101 obdachlose Familien mit 650 Schafen in Unterkünften wohnen, untergebracht seien. Dagegen sei es in England bis jetzt immer noch möglich gewesen, in verschiedenen Dörfern namhafte Vororte für die Arbeiterkraft zu errichten. Der parlamentarische Ansitz der Trades Union zeigt bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß er seiner Aufgabe nicht ge-

wachsen ist. Das Einzige, was er nach sechsmonatlichen Berathungen hat ausfindig machen können, ist der Vorschlag, daß die Gewerkschaften besondere, getrennt zu verhaltende Unterstützungslands errichten sollen, damit die für Unterstützungs Zwecke bestimmten Gelde bei etwaigen gerichtlichen Verfolgungen nicht zur Vergütung für Schädigungen durch Streiks usw. an Unternehmer herangezogen werden können. Im Leitartikel des Märzheftes der genannten Zeitschrift heißt es darum nicht mit Unrecht, daß „niemals ein Berg eine so armelige Maus hervorgebracht habe“.

## Rundschau.

Die mechanische Handhabung des Entschädigungsverfahrens bei der Feststellung des Maßes der Erwerbsunfähigkeit in Unfall- und Invalidenrentenangelegenheiten, geht nun auch schon dem Reichsversicherungsamt über das Wohnsiedl. Es erläßt deshalb in seinem Organ den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes ein Studienblatt, das sich in beachtenswerther Schärfe gegen das Kreis der gewisser ärztlicher Sachverständiger bezüglich ihrer Gutachten über den Grad der Erwerbsbeschränktheit von Rentenbewerbern wendet und offen zugibt, daß diese Ärzte in gewisser Weise über die tatsächlichen Verhältnisse der Rentenbewerber verkehrt sind. Ein Leitartikel des Märzheftes der genannten Zeitschrift heißt es darum nicht mit Unrecht, daß „niemals ein Berg eine so armelige Maus hervorgebracht habe“.

Und den Rentenbüros wird gezeigt, daß Begründungen der Entscheidungen im Wortlaut schon so ungeeignet abgesetzt worden sind, daß sie den Vorwurf einer mechanischen Handhabung des Entschädigungsverfahrens rechtig machen könnten.

Das interessante Rundschreiben lautet:

„Es ist wiederholt, namentlich auch im Reichstag, zur Sprache gebracht worden, daß den über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegebenen Ausführungen der ärztlichen Sachverständigen bei der Entscheidung der Feststellungsorgane in Unfall- und Invaliditätsangelegenheiten mitunter ein zu weitgehender Einfluß eingeräumt wird.“

Das Reichsversicherungsamt nimmt deshalb auf Anregung des Herrn Staatssekretärs des Innern Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Aufgabe der ärztlichen Begutachtung im Allgemeinen in der Feststellung der physiologischen Folgen des Unfalls oder der eine Invalidität begründenden Gebrechen ihre Begrenzung findet, dagegen die sonstigen ärztlichen Neuerungen, insbesondere darüber, welchen Einfluß der Befund auf die Erwerbsfähigkeit des Rentenbewerbers ausübt, den in ihrer Entscheidung selbstständigen Feststellungsinstanzen zwar verhohlen und bei inneren Krankheiten sogar oft unentbehrliche, aber niemals bindende Unterlagen für die Urtheilsfindung bieten. (Zu vergleichen: Handbuch der Unfallversicherung Anmerkung 34 am Schlüsse zu § 5 des Unfallversicherungsgesetzes.)

Hierach wird es unzulässig sein, wenn — was vorkommen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Arzte angegebenen Prozentzahl der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zu Grunde legen, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit selbst geprüft zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanischen Handhabung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herabgedrückt werden würde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes.

Das im einzelnen Fälle der in der Sache gehörige ärztliche Sachverständige auf Erfüllen oder aus freien Stücken auch eine Neuerung über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegeben, so darf niemals außer Acht gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit an sich keine rein medizinische, und daß ihre Beantwortung nicht ausschließlich und in erster Linie Sache des Arztes ist, sondern in der Sache eine der vornehmsten Aufgaben der mit der Rentenversicherung betrauten Instanzen bildet.

Außerdem ist es vorgelommen, daß vielfach, obgleich sachlich gegen den oben bezeichneten Grundatz nicht verstoßen werden ist, doch die Begründung der Entscheidungen im Wortlaut so ungeeignet gestaltet wurde, daß sie den Vorwurf einer mechanischen Handhabung des Entschädigungsverfahrens rechtig machen könnten. Die Feststellungsorgane werden daher ergebnis eracht, auch auf die Wahrung der Bevölkerung besondere Sorgfalt zu verwenden, damit derartige irreführende Aussägungen über das Verhalten der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten nicht entstehen können.

Für die Sektionsvorstände der Berufsgenossenschaften sind Abdrücke des vorstehenden Rundschreibens beigelegt.

Das Reichsversicherungsamt.

Gebiel.

Arbeiterkraute treiben wieder mal bürgerliche Blätter und zwar nur dazu Professor Abbe den Auftrag liefern. Wie verlautete, soll Professor Abbe die Ansicht haben, nach der Schweiz zu überreden, was die „unverschämten Arbeiter“ mit ihren Forderungen bewirkt haben sollen. So soll eine Deputation von Arbeitern Herrn Prof. Abbe Vorstellungen gemacht haben über die Bewilligung von 300,000 Mark für den Universitäts-Neubau in Zürich durch die Karl-Baumann-Stiftung. Dies soll Prof. Abbe geprägt haben. In der bürgerlichen Presse heißt es, Abbe habe dem Prinzip, nicht für sich, sondern alles für gemeinsame und wissenschaftliche Zwecke, Leben und Vermögen geopferzt; die Arbeiter sind am Reingewinn beteiligt vor den. Das sei den Arbeitern aber nicht genug gewiesen, denn man hätte ihnen ja die ganzen Erträge des großartigen Werkes geben können. Der Tribune in Stuttgart geht nun zur Sache eine sehr bemerkenswerte Briefchrift von dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses der Firma Zeiss, H. Seeger, zu, in der alle die Bedeutungen zurückgewiesen werden. In der Zuschrift heißt es: Vorigen Herbst wurde von den Arbeitern das Rechte eingeräumt. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit wurden von beiden Seiten mit großer Sorgfalt und Sachlichkeit geführt, ohne auch nur irgendwie in Differenzen zu geraten. Prof. Abbe bezog die Geschäftsführung freute sich sogar, daß die Kommission als Vertreterin der Arbeiterkraft solch regen Anteil am Geschäftsleben zeigte. Es wurde ferner gewünscht, daß die Kommission, wo sie irgend fehlt und Mängel erwische, jederzeit mit der Geschäftsführung darüber verhandeln

Könne. Und was nun die Bewilligung der Gelder zum Universitäts-Neubau usw. anlangt, ist kein Wort von dem mehr, was die Zentraler Zeitung schreibt. Gewiss hat die Arbeiterschaft verlangt, bei Bewilligung von Geldern, die außerhalb des Geschäftes verwendet werden sollen, auch ihre Wünsche geltend zu machen, dies wurde aber bereitwillig von der Geschäftsleitung zugegeben. Außerdem erklärte die Geschäftsleitung noch auf Wunsch der Arbeiterschaft, eine Zusammenstellung der in den letzten fünf Jahren außerhalb des Geschäftes verwendeten Gelder der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Kurzum, es gab keine Differenzen. Und wenn nun gerade die Zentraler Zeitung schreibt, Prof. Abbe fühlte sich gekränkt und sei darum von der Leitung zurückgetreten, so weiß man nicht recht, soll man die Verlegenheit oder Naivität der Zentraler Zeitung mehr bewundern. Prof. Abbe ist drei Tage nach der fraglichen Sitzung abgereist, um sich, wie alle Jahre, im Süden von seinen Strapazen zu erholen; ob er nun dieses Jahr zu seiner Erholung längerer Zeit bedarf, muß dahingestellt sein. Aber Thatssache ist, daß von einem Zurücktreten aus der Geschäftsleitung keine Rede sein kann. Und in letzter Linie ein Zurücktreten wegen Kränkung durch die Arbeiterschaft. jedenfalls wird Prof. Abbe allen Schriftmachern zum Trotz, so weit es seine Gesundheit erlaubt, zur Weiterentwicklung der Karl Reiß-Stiftung auch in Zukunft beitragen. Ob er in Zena oder Lugano weilt, er bleibt trotzdem in engerer Füllung mit den anderen Herren der Geschäftsleitung und werden irgend welche Veränderungen ohne seine Zustimmung niemals erledigt werden."

Die Ausstreuungen der bürgerlichen Presse haben sich danach wieder einmal als niedrige Verdächtigungen der Arbeiter erwiesen.

Eine merkwürdige Anslegung des Vereinsgesetzes hatte die Polizeiverwaltung in Friedrichsort belichtet. Der Vorliegende Bade von der Filiale Friedrichsort des Deutschen Metallarbeiter-Verbands war nach einer örtlichen Vorstandswahl von der Polizei-Verwaltung vergeblich zur Nennung der Namen der neuen Vorstandsmitglieder aufgefordert worden und dann mit einer Geldstrafe wegen Vergehens gegen die folgende Bestimmung des § 2 des Vereinsgesetzes bedacht worden: "Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Eintrittung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichniß der Mitglieder binnen drei Tagen nach Errichtung des Vereins, und jede Änderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnahme einzureichen derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen." — Bade beantragte richterliche Entfernung und wurde auch sowohl in erster als in zweiter Instanz freigesprochen. Das Landgericht führte begründend aus: Der Metallarbeiter-Verband sei zweifellos ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes, denn ohne eine Eintrittung auf öffentliche Angelegenheiten könne er sein Ziel, die Verbesserung der Berufsverhältnisse seiner über ganz Deutschland verbreiteten Mitglieder, nicht erreichen. Der § 2 des Vereinsgesetzes forme dennoch an sich auf ihn wie auf jede seiner Unterabteilungen angewendet werden. Im vorliegenden Falle sei dies jedoch unzulässig, da die Neuwahl des Vorstandes keine Änderung der Vereinsmitglieder sei und man somit auch nicht von einer Auskunfts-Erforderung der Polizei gemäß § 2 des Vereinsgesetzes reden könne. Das Verlangen der Polizei nach den Namen der neuen Vorstandsmitglieder sei ungerechtfertigt gewesen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revisionen ein und machte geltend, der § 2 des Vereinsgesetzes sei vom Landgericht durch Nichtanwendung verletzt worden. — Der Angeklagte verlangte dagegen die Vermerfung der Revision. — Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich der Revision an und beiente, daß es sich hier doch um eine Auskunfts-Erforderung gemäß § 2 des Vereinsgesetzes handele. Wenn andere als die bisherigen Mitglieder in den Vorstand gewählt würden, dann werde damit eine Änderung der Vereinsmitglieder vollzogen. Die entgegengesetzte Auffassung würde dafür führen, daß die Polizei überhaupt nicht über die Zusammensetzung des jeweiligen Vereins-Vorstandes unterrichtet wäre. Der Gesetzgeber könne diese Absicht nicht gehabt haben.

Der Strafgerichts-Verwurf die Revision der Staatsanwaltschaft und führte zur Begründung aus: Der § 2 des Vereinsgesetzes schreibe nur die Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnisses, sowie die Ertheilung der darauf bezüglichen Auskunft vor, während die Mittheilung des Resultats einer Vorstandswahl Wenn auch die Polizei unzweifelhaft ein Recht auf die Kenntnis des Namens der Vorstandsmitglieder habe, so könne sie sich jedoch diese Namen nicht mit Hilfe des Vereinsgesetzes verschaffen, sondern müsse es auf andere Weise thun. Insoweit weiche je das Kammergericht von seinen früheren Präzis ab. Dafür sei es, wenn der Oberstaatsanwalt sage, die in den Vorstand gewählten Personen hören auf, "Mitglieder" zu sein. Vorstandsmitglieder blieben immer Mitglieder des Vereins.

Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz hatten sich vor dem Sozialgericht in Wandsbek am 2. April die Kollegen Schneider, Junge und Hogreve zu verantworten. Nach der Anklageschrift soll Sch. es unterlassen haben, eine Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sind, polizeilich anzumelden; Junge soll als Referent aufgetreten sein, während Hogreve zur Last gelegt wird, sein Lokal zu dieser Veranstaltung hergegeben zu haben. Schneider bemerkte hierzu, daß es sich um seine Versammlung, sondern um eine Werkstattzusammenkunft gehandelt habe. Mädtere Arbeiter der Reparaturwerkstätte des Handwerks Wandsbek seien an ihn, den Vorstehenden der Wandsbeker Metallarbeiterorganisation, herangetreten und hätten ihn erucht, eine Zusammenkunft zu veranstalten, in welcher Stellung gegen verschiedene in der Werkstatt eingerichtete Maßstäbe, wie Überlinden usw., gerichtet werden sollte. Er habe kleine Laufzettel anfertigen lassen, welche die Arbeiter aufsorderten, sich zu dieser Zusammenkunft einzufinden, die in keiner Weise einen öffentlichen Charakter geprägt habe. Kamen batte Junge einige Worte über die betroffenen Maßstäbe gesprochen, als auch schon ein Beamter R. erschien, der die Verantragung für aufgelöst erklärte. Junge bestätigt diese

Angaben. Vom Vorsitzenden gefragt, was er denn mit dieser Angelegenheit zu thun habe, bemerkte Junge, daß er Vorsitzender der Metallarbeiterorganisation von Hamburg und Umgegend sei, in welcher Eigenschaft er erachtet worden sei, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. Aus naheliegenden Gründen scheut sich die auf der Straßenbahnhofswerkstatt beschäftigten Mitglieder des Verbandes, direkt mit ihren Vorgesetzten in Verbindung zu treten, da befürchtlich alle Arbeiter hinausdrängen würden, welche Unzufriedenheit mit ihrer Lage befinden. Der Vorsitzende, der hierüber sein Erstaunen ausdrückte, meinte, daß die Arbeiter, wenn sie anständig kämen, sich doch vertrautesten wenden könnten, ohne befürchten zu müssen, gemäßregelt zu werden. Junge erwiderte, daß die Sache in der Praxis leider ganz anders liege. Hogreve führte aus, er sei erachtet worden, sein Lokal zu der Zusammenkunft herzugeben. Von einer Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes könne gar keine Rede sein, da nur ganz interne Werkstattangelegenheiten besprochen werden sollten, die kein öffentliches Interesse beanspruchen könnten. Auffällig sei es, daß die Polizei, der anonym ein Zettel zugestellt worden sei und die daher ganz genau wußte, um was es sich handelte, erst die angeklagte Versammlung habe eröffnen lassen und dann eingeschritten sei. Wenn die Polizei geglaubt habe, daß eine Unzufriedenheit begangen werden sollte, dann wäre es doch ihre Pflicht gewesen, das zu inhibieren. Polizeibeamter R. erklärte, er habe nicht früher erscheinen können, da er verhindert gewesen sei; er habe nicht gewußt, wann die Versammlung eröffnet werden sollte. Als er ins Klubzimmer gekommen sei, habe Schneider den Vorst. geführt, während Junge das Referat hielt. Er räume an, daß es sich um eine Versammlung gehandelt habe, da Sch. und J. nicht auf der Straßenbahnhofswerkstatt beschäftigt seien. Zwei als Zeugen vernommene Metallarbeiter wollen nicht gewußt haben, zu welchem Zweck die Versammlung einberufen worden sei. Es seien über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einige Worte gesprochen worden, dann sei die Versammlung nach kaum 10 Minuten durch den Beamten aufgelöst worden. Der Umtauschmeister meinte, es sei ganz zweifellos, daß die Versammlung zu dem Zweck der Hebung der materiellen Lage der Arbeiter einberufen worden sei. Er beurtegte gegen Jeden die gesetzlich zulässig geringste Strafe von 15 Mt. Das Gericht erkannte auf folgende Weise ab: Es habe eine Versammlung stattgefunden, der Sch. präsidiert und in der J. über die Lohnverhältnisse und die soziale Lage der Arbeiter auf der betreffenden Werkstatt gesprochen habe, das steht fest. Trotzdem könnte das Gericht hierin nicht die Erförlung von öffentlichen Angelegenheiten erblicken, zu welcher es der Angeklagte bedürfe.

Den den Schriftmacherverbänden im Baugewerbe unterscheidet sich vortheilhaft der Arbeitgeberverband im Baugewerbe zu Dresden. Auf eine Anfrage der Dresdener Zimmerer teilte er mit, daß der Arbeitgeberverband den Lohn für Maurer und Zimmerer auf 40—45 Pfg. und für Bauhandarbeiter auf 30—33 Pfg. pro Stunde für das laufende Jahr festgesetzt hat. Gleichzeitig gab er einen Auszug aus dem Protokoll der Generalsversammlung, den nun die Sachsische Arbeiterzeitung veröffentlicht. Es heißt da:

Der Vorstand stellt eine Erklärung zur Debatte: Der Arbeitgeber-Verband hat trotz der seit circa einem halb Jahren währenden rückläufigen Konjunktur die Arbeitssätze auf der Höhe belassen, wie sie in der Hochkonjunktur stehen geblieben sind und zwar aus folgenden Gründen: Die Arbeitssätze sind auch in der Hochkonjunktur am hiesigen Platze nicht unverhältnismäßig in die Höhe geschraubt worden, sondern haben höchstens mit der aufsteigenden Bewegung der Lebensmittel- und Mehlzölle gleichen Schritt gehalten. Die Lebensmittelpreise sind aber bis jetzt noch nicht gesunken und die Mietpreise für kleine Wohnungen, wie sie von den Bauhandarbeitern bezahlt werden können, sind wohl nur ganz vereinzelt zurückgegangen. Ursprünglich gebotene, eine Verringerung hinzuhalten. Der Arbeitgeber-Verband hat sich viel Mühe gegeben, bei den Staats- und städtischen Behörden bei deren Bauten eine Sonderzulage zur Annahme zu bringen, die dem Unternehmer verbietet, unter einem bestimmten Lohn zu zahlen; die darauf hinausgehenden Petitionen an das Finanzministerium und die Stadtgemeinde sind jedoch glatt abgelehnt worden. Ebenso wenig hat der Arbeitgeber-Verband bei der Arbeiterschaft selbst in seinem Bestreben, den Lohn auf der jetzigen Höhe zu erhalten, Unterstützung gefunden. Die Arbeiter-Organisationen haben sich zwar allmals an den Verbandsvorstand gewendet, wenn ein Mitglied des Verbandes geringeren Lohn zahlte, worauf dann beim Vorsteher jedesmal mit Erfolg die festgesetzten Löhne zur Geltung gebracht wurden sind. Diejenigen Arbeitgeber-Organisationen aber sind nicht in der Lage gewesen und haben meist auch gar nicht versucht, die vielen Bauten zu sperren, wo den Unternehmern, die dem Verbande nicht angehören, 3—5 Pfg. weniger als der Verbandslohn gezahlt werden. Ebenso wenig haben die Arbeiter-Organisationen versucht, in dem Betrieb bestehend, Rath oder Verbindung zu suchen, wie dem Herausgeben der Lohnzulage zu untersetzen. Ein Folge der straffen Lohnpolitik ist die Thatssache, daß die Mitgliederzahl des Verbandes um circa 25 Prozent zurückgegangen ist. Nach alledem ist der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe zu Dresden, will er nicht seine ganze Organisation in Frage stellen, nicht in der Lage, so wie bisher einen Druck auf seine Mitglieder bezüglich der Lohnsätze auszuüben. Die Generalsversammlung wolle daher beschließen, die Grenzen etwas weiter zu stellen steht jedoch wie bisher auch heute noch auf dem Standpunkte, daß Lohnreduzierungen am hiesigen Platze ganz unzulässig sind.

Das ist wirklich alles Mögliche, so bemerkte dazu die Krauss-Zeitung. Der Dresdener Bauarbeiter-Verband erkennt an, daß nach Lage der Verhältnisse eine Lohnreduktion ganz ungerechtfertigt sei. Während sonst in der Regel nur Arbeiter-Verbände die Behörden um Einführung einer Lohnklausel zur Sicherung anständiger Löhne erüben und Arbeitgeber dagegen anstrengen, ist es hier

ein Arbeitgeber-Verband, der eine solche Lohnklausel anstrebt und ihre Ablehnung bedauert. Der selbe Arbeitgeber-Verband bedauert ferner, daß ihn die Arbeiterorganisationen in seiner Bemühung, die Lohnsätze zu halten, nicht genügend unterstützen. Sie hätten die Lohnräuber bekämpft und eine Verbindung mit den Arbeitgeberorganisationen suchen müssen, um dem Herausgehen der Löhne zu steuern! Und nochmals wird eine Lohnreduktion für ungemein erklärt. — Die Anerkennung der Arbeiterorganisation, die in diesen Ausführungen liegt, ist sicherlich bemerkenswert. Wer vielleicht noch mehr, daß hier wieder ein Fall vorliegt, wo Arbeitgeber die Arbeiter aufzufordern, gemeinsam gegen die Lohnräuber vorzugehen. Das ist schon vorgekommen im Buchdrucker-Gewerbe und ist und da auch anderswo, im Ganzen jedoch viel zu selten. Man darf aber hoffen, daß solche Beispiele zur Nachahmung reizen werden, denn dieses gemeinsame Vorgehen dient allen Arbeitern, die gefordert werden sollen: Es dient den Arbeitern, die gute Löhne zahlen und das Interesse haben, daß ihnen dies nicht durch die Lohnräuber und daher billiger arbeitende Konkurrenz unmöglich gemacht werde, und es dient natürlich auch den Arbeitern. Schließlich werden dann auch die anderen an die Unzulänglichkeit glauben müssen.

**Höhe Lohnrückstände.** In der letzten Sitzung des Gewerberichts zu Hildingen (Hannover) standen, wie der Volksverein berichtet, gegen die Firma Gottfried Linz u. Co. nicht weniger wie 10 Klagen an, in denen die Arbeiter insgesamt 759,24 Mt. und 785,37 Mt. zu fordern hatten. In dem ersten Verfahren, in dem Michael Schneider Schmid Kläger war, handelte es sich um 207,24 Mt. rückständigen Lohn (!) und 552 Mt. Entschädigung wegen Kontraktbruches. Der beschlagte Inhaber der Firma erkannte die Forderung an. In einem zweiten Verfahren lagten auf rückständigen Lohn in Höhe von 79,60 Mt. bezw. 167,76 Mt. bezw. 102,30 Mt. bzw. 109 Mt. bezw. 91,50 Mt. bezw. 105 Mt. bzw. 130,21 Mt. der Kaufherr Lehmann, der Drehermeister Jensen, der Schlosser Probst, der Arbeiter Schmidmeyer, der Goldgießer Behr, der Maler Wolff und der Heizer Kotle. Auch in diesem Falle erkannte die in Zahlungsschwierigkeiten gerathene Firma die Richtigkeit der Forderungen an. Wie es möglich war, daß die genannten Arbeiter der Firma in einer solchen Weise ihren Lohn reduzierten könnten, ist nicht recht begreiflich.

## Aus anderen Berufen und Organisationen.

Im Deutschen Holzarbeiter-Verband hat über die geplante Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Abstimmung stattgefunden. Das Resultat ist folgendes: Insgesamt haben 48,901 Mitglieder abgestimmt, davon 24,868 mit Ja und 24,033 mit Nein. Es beträgt somit die Mehrheit für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung 83 1/2 Stimmen.

Die gleichzeitige Abstimmung über die Beitragszölle ergab als Resultat, daß von den mit Ja Stimmen den sich erklären 12,159 für 35 Pfg., 11,856 für 40 Pfg., 445 für 35 oder 40 Pfg., während 508 die Antwort schuldig blieben oder unbestimmt antworteten, ebenfalls auch gegen eine Beitragszölle stimmten.

## Litteratur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist das 27. Heft des 20. Jahrgangs erschienen, mit dem ein neuer Halbjahrsband beginnt. Die Zeitschrift hat mit diesem Heft ein Gewand erhalten, das modernen typographischen Ansprüchen gerecht wird. Aus dem Inhalt des Heftes heben mit hervor: Das große Kesselstreben. — Die Landarbeiterfrage in Ostelbien. Von U. Hofer (Gr.-Siedlungen). — Die Arbeiterfrage in Spanien. Von Antonio Garcia Quejido. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Burm. — Splitter — Litterarische Rundschau: W. Smiety. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Halle a. S. — Feuerstein; Briefe von Karl Marx an Dr. L. Augelmann.

## Kriegskosten.

Mülheim a. Rh. Verbandsanzeigen kosten nichts.

Bernburg. Nächste Nummer.

Sch. Dittmar. Die Metalltechnische Rundschau ist eingegangen.

Marburg, Detmold. Versammlungs-Berichte ohne Interesse.

Eugau i. S. Über die Interesslosigkeit der Verbandsmitglieder wird lebhaft Klage geführt. Berachten denn die dortigen Kollegen es nicht als ihre Aufgabe, das Solidaritätsgefühl überall zu beflügeln?

## Verbands-Anzeigen.

### Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

Alsfeld a. g. Samstag, 19. April, Abends 9 Uhr, bei Hermann.

Achaffenburg. Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Bayerischen Hof, Löherstraße 8.

Augsburg. Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, im blauen Hof.

Hamberg. Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, in der Restauration zur Wartusbrücke.

Geraueth. Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, bei Görl, im Kreuz.

Greifin. Sonntag, den 13. April, Vormittags 10 Uhr, Rohrleger, Kleinknecht und Bauwaffelzöller im Gewerbehaus, großer Saal L.-O.: Der Bauarbeiterkongress in Greifin. — Dienstag, den 15. April, Abends halb 9 Uhr, Chirurgische Branche bei Nünemann, Brunnensstr. 188. — Mittwoch, den 16. April, Abends halb 9 Uhr, österr. Versammlung in Moabit, W.-Moabit 48/49. — Samstag,

den 20. April, Vorm. 10 Uhr, Morgensprache der Hobler, Bohrer, Fräser u. s. w. — Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, Feilenarbeiter bei Meißner, Chausseestraße 72. — Sonnabend, den 12. April, Abends halb 9 Uhr, Sitzung der Spandauer Kollegen.

**Berlin.** Konferenzen der Vertrauensleute. Sonnabend, den 12. April, für den Norden bei Diefes, Adlerstraße 123. — Mittwoch, den 16. April, für den Süden, Gewerkschaftshaus, Saal I. — Sonnabend, den 19. April, für Moabit, bei Fischer, Waldfstr. 8.

**Berlin.** Donnerstag, den 24. April, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Konferenz der Vertrauensleute der Schlosser.

**Berndorf.** Sonnabend, den 26. April, Abends 8 Uhr, Steinstraße 2—4.

**Bielefeld.** Sonntag, den 20. April, Vormittags 10 Uhr, Gemeinsame Versammlung bei H. Kahl, Heegerstraße.

**Bielefeld.** (Schleifer.) Freitag, den 25. April, Abends 7 Uhr, in der "Centralhalle".

**Bielefeld.** (Former.) Freitag, 11. April, bei H. Gilfötter.

**Bielefeld.** (Klemptner.) Samstag, den 12. April, Abends 7 Uhr, bei H. Kahl, Heegerstraße.

**Bitterfeld.** Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr.

**Bremenhaven.** Sonnabend, den 19. April, im Colosseum, Bürgermeister Smithstraße.

**Bromberg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, im "Tivoli", Thalstraße Nr. 28.

**Brunsdal.** Samstag, den 12. April, Abends halb 9 Uhr, im Saale zum Einhorn.

**Bunzlau.** Sonnabend, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den drei Kronen.

**Bautzen.** Donnerstag, den 17. April, Abends 8 Uhr, im Lokal, Brodbänkengasse.

**Barmstadt.** Samstag, 19. April, Abends punt 9 Uhr, in der Restauration Fischer, Dieburgerstr. 18.

**Bortmund.** (Klemptner.) Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstr. 73.

**Böckheim.** Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, bei Ehmig, zum Rebensloch.

**Bücken.** Sonntag, 18. April, bei Ant. Müsles, Schulstr. Dasselb. Herbergslokal.

**Düsseldorf.** (Allgem.) Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

**Eisenach.** Sonntag, den 20. April, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum fröhlichen Mann.

**Elberfeld.** Samstag, den 19. April, Abends punt 9 Uhr, bei Kneifl, Große Kloogbahn 26.

**Gütersloh.** Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Hotel Bellevue, Bahnhofstraße.

**Gesdorf.** (Allgem.) Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Gotthardt, Gotthardtstr. 46.

**Gesdorf.** (Klemptner und Installateure.) Sonnabend, den 19. April.

**Essen a. R.** Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, in den Vorrußia-Sälen, Rottstr. 18.

**Fehrbellin.** Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Frankfurt a. M.-Godenheim.** Freitag, den 18. April, Abends halb 9 Uhr, bei Wietheilig, gr. Rittergasse 56 in Sachsenhausen. — Samstag, 19. April, Abends halb 9 Uhr, im "Adler", Frankfurterstraße 53 in Godenheim. — Für Spangler und Installatoren am Samstag, den 5. April bei Etem, gr. Eichensteinerstraße 23.

**Frankfurt a. M.-Godenheim.** Sonntag, 20. April, Vorm. präzis 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Stolzestra. 13/15. Vierteljährliche Hauptversammlung.

**Freiburg i. Br.** Samstag, den 12. April.

**Freiburg i. Br.** Samstag, 12. April, Abends 8 Uhr, bei Schwante.

**Freising.** Samstag, den 12. April, Abends 8 Uhr.

**Gelsenkirchen.** Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr bei Gerhard Kamps am Hermannsplatz.

**Görlitz.** Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im "Spielkeller", Sennestra. 5/1. Vortrag. Geschäftliches.

**Gotha.** Jeden zweiten Sonnabend im Monat in der Schuhung, Domstumeg.

**Göppingen.** Samstag, 19. April, Abends 8 Uhr, im Lokal "Dreiflügel".

**Greiz.** Sonnabend, den 19. April, Abends 9 Uhr, im "Schwarzen Ed".

**Großkötzsch.** Samstag, 3. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zur "Grünen Hu".

**Großröhrsdorf.** Sonnabend, den 12. April, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof "brauner Hirsch".

**Hagen i. W.** Samstag, den 12. April, Abends 9 Uhr, bei Bettina Sachs, Puppenbergstraße 7.

**Haderseben.** Jeden dritten Dienstag im Monat, Abends 8 Uhr, in der Zentral-Herberge, Goethestraße Nr. 731.

**Halle a. S.** (Klemptner und Installatoren.) Sonnabend, den 12. April, im Restaurant "Drei Könige", II. Ulrichstr. 36.

**Harkberg.** (Former.) Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei H. Koppe, Langenstr. 25.

**Heidelberg.** (Allgem.) Samstag, den 19. April, in der Brauerei Kraus, Hauptstraße 37.

**Hirschberg.** Jeden Sonnabend 8—11 Uhr abends, 9 Uhr, bei C. Lüthnerop, I. Bergstr. 7.

**Jena.** (Allgem.) Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zur Krone.

**Klarengroßen.** Alle Sonnabende nach dem 15. im Gardinen (Frischi).

**Klenzau.** Montag, den 14. April, Abends halb 9 Uhr, bei Berghem. Vortrag des Koll. Aug. Fricker.

**Kalk.** Dienst., den 15. April, Abends halb 9 Uhr, in der Deutschen Gieß bei Michaelis Ried, Ritterstraße 70.

**Karlstraße.** (Allgem.) Sonntag, den 12. April, Abends halb 9 Uhr, im Goldene Adler, Karlstraße 12. Vortrag.

**Kassel.** Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Stadtcafé, Fabrikstraße. — Jeden Sonnabend Zahlstund bei Witter, Schäfergasse 32.

**Kiel.** (Allg.) Dienstag, den 15. April, Abends halb 9 Uhr, im Englischen Garten. — Reiseunterstützung wird jetzt im Engl. Garten Abends von 6—7 Uhr aufgezahlt.

**Kiel.** (Former.) Dienstag, den 15. April, Abends 8 Uhr, im Englischen Garten. — Zahlstund.

**Köln a. Rh.** (Former.) Sonntag, den 20. April, Vor-

mittags halb 11 Uhr, bei Gierhard in Deutz, Düsseldorferstraße 1.

**Kottbus.** Samstag, den 19. April, im Lokal des Herrn Bies, Schloßkirchstraße 12.

**Krefeld.** Samstag, den 19. April, Abends 9 Uhr, im Krefelder Bierhaus, Rheinstraße 184.

**Krämerspiel.** Sonntag, den 13. April, im Gasthaus zur Krone.

**Küldenscheid.** Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei Rüggeberg, Grabenstraße.

**Ludwigsburg.** Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Lokal.

**Merseburg a. S.** Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Funkenburg".

**Meswil.** (S.-P.) Sonnabend, den 14. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Quelle". Wahl eines Kassiters und eines Revisors.

**Mügeln.** Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, Sahlabend im Restaurant "Schweizergarten".

**Mülheim a. d. Ruhr.** Samstag, den 12. April, Abends halb 9 Uhr, bei Willy Höfmann, Charenberg 64.

**Neu-Kuppin.** Sonnabend, den 19. April, im Gesellschaftshaus bei U. Schröder, Gartenstr. 3.

**Oberhausen II (Rhl.).** Sonntag, den 13. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Wirth August Seck.

**Reinhausen-Rehme.** Sonntag, den 13. April, Nachmittags 2 Uhr im Lokale der Frau Köhle in Rehme.

**Offenbach a. M.** Montag, den 14. April, Abends halb 9 Uhr, im Saalbau.

**Ohligs.** Samstag, den 12. April, Abends halb 9 Uhr, bei Heinr. Kornweibel.

**Oppeln.** Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat im Reichsadler, Brüderstraße.

**Penig.** Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats in Itters Restauration.

**Pforzheim.** Samstag, den 19. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Goldener Löwe.

**Raalt.** Samstag, den 19. April, bei Kling, Friedrichring 25/II, rechts.

**Ratingen.** Samstag, den 12. April, Abends halb 9 Uhr, bei Brenner, Mühlheimerstr. Vortrag des Kollegen Düwell-Göthen.

**Semscheid.** Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei Hesse, Peterstraße.

**Sehnde i. S.** Jeden 2. Dienstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, im "Deutschen Adler", Oberstadtgraben.

**Schmalkalden.** Sonnabend, den 5. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Rosenau".

**Schnigling-Poos.** Sonntag, den 20. April, Früh 10 Uhr, bei Igelheuer, Schnigling.

**Schw. Hall.** Samstag, 12. April, Abends 8 Uhr, im "Völkerhaus".

**Schwerin.** Sonntag, 13. April, Nachmittags 5 Uhr, bei Herrn Carl Ebinghaus. 1) Bericht vom Kartell. 2) Versammlungstage.

**Schw. Grünad.** Samstag, den 12. April, Abends 8 Uhr, im Lokal zur "Kanne".

**Schwerte.** Sonnabend, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, 9 Uhr, gr. Moor 51.

**Schöldsbriück.** Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei Zartoni, Schöldsbriück.

**Solingen.** Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, bei Johann von Gels, Cronenbergerstraße.

**Stettin.** (3. Bezirk.) Montag, den 14. April, Abends halb 7 Uhr (gleich nach Fabriksschluß) bei Birow, Mleestr. Tagesordn.: Die Stöver'sche Fabrikstankfass und die Urteile — Hauptversammlung am Sonntag, den 20. April, Nachm. 2 Uhr, bei Stürmer, Grabower Schützenhaus.

**Stettin und Umgegend.** (Bezirk 4) Dienstag, den 15. März, Abends 8 Uhr, im Schützenhaus zu Bredow. Vortrag.

**Stettin.** (Former.) Sonnabend, den 19. April, Abends 8 Uhr, bei Voigt, Gr. Ritterstraße.

**Storkum.** Sonntag, den 20. April, Nachmittags 5 Uhr, bei Hartmanns.

**Suhl.** Sonnabend, 19. März, in der Dombergs-Umsicht.

**Selbert.** Samstag, 12. April, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Herrn Heinr. Ottling, Poststr. 53.

**Zierseen.** Sonntag, 20. April, Vormittags 11 Uhr, bei Hubert Eßer, II. Brüderstraße 25.

**Wiesbaden.** (Allg.) Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr bei Koob, Hermannstr. 1.

**Wittenberg.** Montag, den 21. April, Abends 8 Uhr, bei Adler, Südstr. 29.

**Wismar.** Samstag, den 19. April, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Zeitz.** Sonnabend, den 19. April, Abends 8 Uhr, bei Schindler, Seitenstr. 44. — Reisegeldauszahler Adolf Kellner, Saalburgstr.

**Zerbst.** Samstag, 19. April, Abends 8 Uhr, bei Fehlbrand.

**Berlin.** Die Vertrauensleute und Mitglieder der erweiterten Ortsvertretungen werden ersucht, die Adressänderungen anzugeben.

**Bielefeld.** Der Schleifer Friedrich Röge aus Bielefeld wird erlaubt, seine Adresse der Geschäftsstelle Bielefeld mitzutheilen.

**Böhlen.** Wegen Differenzen mit dem Wirth Kellner ist die bisherige Herberge zu meiden. Die jegliche Herberge befindet sich bei Wirth Jünker, Schützenhaus & Reisegeld zahlst an Heinrich Rück, Maisterstraße 19.

**Braunschweig.** Das Bureau befindet sich im Gewerkschaftshaus, Wieder 32/II, und ist geöffnet am Wochenenden von 9 bis 1 Uhr Mittags und von 4 bis 7 Uhr Abends. Sonntags von 11—12 Uhr Mittags. — Die Bibliothek ist während der Büroarbeiten geöffnet und bei Entleihung von Büchern in das Mitgliedsbuch vorgulegen, alles weitere bei der Bibliotheksdienst. — Um etwaigen Beschwerden bezüglich des Einfallsrechts und der Zeitungsabholung vorzubeugen, erläutern wir unsere Mitglieder, den Beitrag und das Mitgliedsbuch in der Wohnung resp. Logis zu hinterlegen und jeden Wohnungswechsel dem Bureau zu melden.

**Bremen.** (Allg.) Sonntag, den 27. April, 25jähriges Jubiläum, bestehend in Konzert, Festrede, Theater und Ball in den Centralhallen (Eingang Breitenweg). Zur Aufführung gelangt "Das Lied des Bettlers". Die Festrede

wird gehalten vom Koll. Reichstagsabgeordn. Martin Segis-Nürnberg. Anfang 4 Uhr.

**Frankfurt a. M.** Ich ersuche alle Verwaltungen und Betrauensmänner um Auskunft bezw.